

Deutschlands Ernährung.

Deutscher Reichstag.

89. Sitzung.

Berlin, 22. März, nachmittags 1 Uhr.

Nach Bundesratsitzung: Kommissionen.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt.

Beim Titel „Reichsschulkommission“ ergreift das Wort

Abg. Schulz (Erfurt, Soz.):

Das die Initiativ der Einjährig-Freiwilligen nicht mehr berechtigt ist, haben bereits vor dem Kriege sachkundige Militärs gegeben. Vom pädagogischen Standpunkt wird das Einjährig-Freiwilligen-zeugnis einmütig als schädlich empfunden. Auch die Reichsschulkommission müßte zu der Auffassung kommen, daß dieses Institut weder den Bedürfnissen des Heeres noch dem der Schule dient; statt dessen sollte die Volksschule auf eine Höhe gehoben werden, die eine Verkürzung der Dienstzeit ermöglicht. Die Reichsschulkommission wird leider die Initiative zu einem Vorgehen in dieser Richtung nicht aufbringen, wohl aber hoffe ich, daß die vom Hauptauschuß beantragte Reichsschulkonferenz, die gleich nach Beendigung des Krieges zusammentreten soll, in dieser Richtung wirken wird. Die Resolution verlangt für Reichsschulgesetz und keine Reichsschulbehörden, wie meine Freunde und ich sie erstreben. Die jungen Leute, die jetzt so zahlreich von der Schulbank aus ins Heer einreihen sind und für die Einheit Deutschlands bluten, empfinden bei der Rückkehr, daß im Innern, auf dem Gebiete der Schule, durchaus keine Einheit herrscht; der junge Bauer, der von der Prima kam, kann zur Unversität, der junge Preuze nicht. Eben solche Gegensätze zwischen Nord und Süd ergeben sich auch beim Schulanfang, bei den Fortbildungsschulen. Zwischen Schulanfang und Schulaufe liegen die großen Fragen der Schulreform, die die wichtigsten Kulturangelegenheiten des deutschen Volkes berührt. Daher darf die Verantwortung der großen Schulreformfragen nicht dem Zufall überlassen bleiben, nicht der Regelung durch 26 verschiedene Staaten. Um sie einheitlich zu regeln, braucht man noch keine Reichsschulgesetzgebung; aber die beantragte Reichsschulkonferenz könnte einen moralischen Zwang zur einheitlichen Regelung auf die Bundesregierungen ausüben. Auch für das wichtige Gebiet der Jugendfürsorge, für das Fortbildungsschulwesen, für die Frage, was aus den Lehrlingen werden soll, die ohne abgeschlossene Ausbildung in den Krieg gezogen sind, muß die Konferenz einheitliche Richtlinien für das ganze Gebiet des Reiches festlegen.

Das Reich darf sich den wichtigen Aufgaben auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts nicht entziehen. Wie weit das Reich eine Initiative ergreifen soll, ist eine spätere Frage. Ihre Lösung soll vorbereitet werden durch die Reichsschulkonferenz. Die preußische Schulkonferenz von 1876 war auch von drei nichtpreußischen Schulmännern besucht; das ist bezeichnend und beweist, daß die wichtigen zu behandelnden Fragen nicht auf einer preußischen Konferenz mit dem gewöhnlichen Erfolg erörtert werden können, daß es vielmehr auf einer Reichskonferenz geschehen muß. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Rudloff (Ztr.): Die Vorbildung für das Einjährig-zeugnis auf unseren höheren Schulen ist unserm wirtschaftlichen Leben in keiner Weise angepaßt. Das wichtige Problem des Aufstiegs der Begabten ist gar nicht zu lösen ohne eine durchgreifende Reform des Berechtigungswesens zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst. Am besten wird die Zulassung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst, falls dieser überhaupt bestehen bleibt, von der Schule ganz fortgenommen und dem Heere selbst übertragen.

Die Kriegsprüfungen sollten in ganz Deutschland einheitlich behandelt werden. Auch für die militärische Jugendvorbereitung sollten einheitliche Grundzüge von den Regierungen herausgegeben werden. Die Resolution der Kommission, die eine Reichsschulkonferenz verlangt, werden meine politischen Freunde ablehnen; wir halten sie für überflüssig, weil im preußischen Abgeordnetenhaus eine preußische Konferenz beantragt und vom Kultusminister zuge sagt ist, auf der die brennende Frage des Aufstiegs der Begabten erörtert und Richtlinien dafür aufgestellt werden sollen. Es ist zu hoffen, daß die andern Bundesstaaten sich Preußen anschließen werden und daß wir so zu einem einheitlichen Vorgehen kommen. Aber zur Reichsfrage dürfen die Schulangelegenheiten nicht werden. Ein Staat, der keine Schule aufgibt, gibt sich selbst auf. Auch ist die Reichsschulkonferenz, so wie sie gefordert wird, gar nicht durchführbar, namentlich neben einer preußischen Schulkonferenz. (Beifall l. Ztr.)

Abg. Dr. Kerkensteiner (Fortfchr. Sp.): Lieber die Frage der Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung kann ich mich meinem Vorredner anschließen; sie bildet geradezu eine Gefahr für unsere höheren Schulen. Die politische Wirkung einer Reichsschulkonferenz muß die Abzielung auf eine einheitliche Reichsschulgesetzgebung sein — das zeigten auch die Ausführungen des Kollegen Schulz. Ich habe mich stets gegen jede Zentralisation auf dem Gebiete des Schulwesens ausgesprochen, die Schule braucht zu ihrer Entwicklung Freiheit, und die Einzelstaaten gehen im Reglementieren schon zu weit. Staatliche Zentralisation ist geradezu tödlich auf den Gebieten der Schule, der Religion und der Kunst. Der Staat gebe den Städten die nötige Freiheit, und das Gute wird dann auf dem Gebiete der Schule sicher geschaffen werden und sich durchsetzen. Das einzige, was ich mir im Schulwesen zentral zurecht denken kann, ist die Schulpflicht, die im ganzen Reich einheitlich vom 6. bis zum 18. Jahre reichen sollte. Sehr wichtig wäre der Ausbau der Zentralinstitute für Erziehung und Unterricht. (Bravo! links.)

Ministerialdirektor Dr. Sewald: Die vorliegende Resolution läuft darauf hinaus, das Schulwesen auf das Reich zu übertragen. Im „Luz“ hat Herr Schulz in einem interessanten Aufsatz es als „Zufall“ bezeichnet, daß bei Begründung des Deutschen Reiches das Schulwesen nicht der Kompetenz des Reiches unterstellt worden ist. Das ist aber durchaus kein Zufall, sondern es ist historisch, wirtschaftlich, kulturhistorisch begründet, daß das Schulwesen ein wesentlicher Bestandteil der bundesstaatlichen Einheit ist. Die Verhandlungen über die jährliche Frage des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs sind durch den Krieg unterbrochen, werden aber nachher wieder aufgenommen werden.

Abg. Dr. Ortmann (natl.) verteidigt das Einjährig-Freiwilligen-Privileg, teilt aber nicht die Bedenken gegen die Einberufung einer Reichsschulkonferenz. Die Ordnung des Schulwesens müsse freiwillig den Einzelstaaten verbleiben. Der Ausbau des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht wäre sehr wünschenswert.

Abg. von Graefe (konj.) erklärt sich gegen die Resolution der Kommission, die eine Einrichtung der Einzelstaaten bedauert.

Abg. Kunert (Soz. Arb.-G.): Wir stehen dem Antrag auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz durchaus sympathisch gegenüber. Jeder Initiative, die auf diesem Gebiet von Preußen ausgehen würde, würden wir mit großem Mißtrauen begegnen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Es ist unerfreulich, daß in manchen Bundesstaaten die Kriegsprüfungen nach dem Kriege zur Schulbank zurück müssen, in andern nicht. Eine einheitliche Regelung wäre nötig.

Ministerialdirektor Dr. Sewald: Für die Kriegsprüfungen werden überall besondere Kurse eingerichtet werden, zur Schulbank brauchen sie nicht zurück.

Abg. Dr. Sivonich (Fortfchr. Sp.): Die höheren Schulen müssen aus der Umklammerung des Geldes befreit werden, wir können nicht auf den Aufstieg der Begabten aus dem Volke verzichten. Wir hoffen, daß die Reichsschulkonferenz dazu beitragen wird, diesen Weg zu eröffnen und zur gegenwärtigen Entwicklung uners Schulwesens beizutragen.

Abg. Schulz (Erfurt, Soz.): Die Resolution fordert nicht eine Reichsschulgesetzgebung, sondern eine Reichsschulkonferenz. Diese verdient unbedingt den Vorzug vor einer preußischen Schulkonferenz. Kollege Kerkensteiner ist ein Gegner von Konferenzen und Kongressen überhaupt. Des springenden Punktes meiner Ausführungen hat er übersehen. Ich wünsche keineswegs den Pädagogen, den Lehrer stärker zu fesseln, sondern ich wünsche gute Schulen für das Volk. Wir ist das Objekt der Erziehung, das Schulkind, die Hauptache, und bei der Schulpflicht kommt Kollege Kerkensteiner ja unserm Standpunkt schon entgegen, da wünscht er die gleiche allgemeine Schulpflicht für das ganze Reich. Das Reich kann sich eben nicht ausschalten lassen bei den Schulfragen, die zu den wichtigsten Kulturfragen des deutschen Volkes gehören. (Beifall b. d. Soz.)

Die Debatte schließt. Die Resolution auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, die übrigen von der Kommission beantragten Resolutionen werden angenommen, die von den Sozialdemokraten und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beantragten werden abgelehnt, dann wird die Staatsberatung unterbrochen zur Beratung des Gesetzes zur

Änderung des Reichsstempelgesetzes.

Der Gesetzesentwurf will den 100prozentigen Zuschlag zur Reichsstempelabgabe bei Grundstücksübertragungen, der vom 1. April 1917 ab wegfallen soll, bis auf weiteres aufrechterhalten.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) befürwortet eine Resolution des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen, wonach der Umsatzstempel erlassen werden soll, wenn das Grundstück im Wege der Zwangsversteigerung zur Rettung von Hypotheken erworben ist.

Abg. Keil (Soz.) spricht für einen Antrag, die Verlängerung des Gesetzes bis zum 31. März 1920 zu befristen. Eine Neuordnung der ganzen Materie ist dringend notwendig.

Abg. Dr. Arendt (Deutsche Fraktion) schließt sich dem Vorredner an.

Nach weiterer kurzer Debatte, an der sich die Abgeordneten Zimmermann (natl.), Waldstein (Fortfchr. Sp.) und Graf Westarp (konj.) beteiligen, wird das Gesetz mit dem Antrag und der Resolution angenommen und sofort in zweiter und dritter Lesung erledigt.

Hierauf wird die Beratung des Etats des Reichsamt des Innern fortgesetzt. Beim Kapitel „Gesundheitsamt“ bemerkt

Abg. Kunert (Soz. Arb.-G.): Die reichsgeföhrliche Regelung des Mutter- und Säuglingsstuhkes ist noch nicht erledigt, ebenso wenig ist das Stillgeld zur Regelleistung der Krankenkasse gemacht worden, beides Anträge, die in wenigen Jahren einer besonderen Kommission für Bevölkerungspolitik überwiesen wurden. Diese Kommission hat sich gleich nach ihrem Zusammenritt auf 4 Monate vertagt und im Herbst noch einmal. Erst heute hat sie einen Leitbericht erstattet. Die Kommission, die auch die Fragen der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erörterte, hat eigentlich pro nihilo gearbeitet, denn die Regierung hat jetzt plötzlich erklärt, sie würde mit einem eignen Gesetzesvorschlag kommen. Die Kommission hat aber bereits ein umfangreiches Programm aufgestellt, das zur Durchführung gelangen muß. Ein guter Anfang wäre, wenn man die Arbeitergesundbestimmungen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter streng befolgen müßte, also die Ermächtigung für den Reichsminister.

Eine Handvoll Erde.

Roman von Klara Viebig.

(47. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Es war nicht der Schaumwein, der Albert heraufschte. Einmal so wirklich geliebt zu sein, geehrt und bewundert, das war selbst für seine Freiheit zuviel. Er war noch jung. Ein Schludger stieß ihn; eine Glückseligkeit, aus Lüge und Wahrheit gemischt, überwältigte ihn. Frieda unfaßend und sie zu Mine hinziehend, sagte er leise, wie verlegen: „Siehe Mutter!“

Das war ein seliger Augenblick. Frieda glühte. Aus dem zurückhaltenden Mädchen war eine andre geworden. Jetzt durfte sie ja all ihre Gefühle zeigen. Fiebernd faßte ihre Hand nach der des Bräutigams, ihr Atem ging häßlich, mit schwinwendenden Augen trat sie zur Leubentür: da lag das Feld, heut' war es so schön. Die ganze Welt war so schön! Leidenschaftlich bewegte lehnte sie sich in des Geliebten Arm; ihr war ganz schwindlig vor lauter Glück.

Da brach es erschreckend laut in die stille Stunde hinein.

O Gott, die Nidels! Das war Fräulein Elia's Stimme. I kamen die jetzt doch nach?! Fräulein Elia kam mit ihrem zehnjährigen Manne, Fräulein Elia mit dem Bräutigam und der mit einer blauschneidenden Schleiße gepuckten Almyra. Beide Jünglinge trugen Zylinder, auch die Damen waren im höchsten Staate: große Hüte mit Straußfedern, und ihre Röcke rauschten.

Dicht kamen sie bei Reichkes Grundstück vorbei, obgleich man sich bis jetzt immer gemieden hatte; sie grüßten nicht, aber neugierig gafften sie über den Baum und blieben stehen. Fräulein Elia führte sogar ein Lognon an die Augen, das ihr an langer Kette vorn herunterbaumelte. Die festlich gefleide Frieda und der Herr an ihrer Seite erregten ihre Aufmerksamkeit. Elia sagt etwas zu Elia, sie brachen in ein Gelächter aus, in das ihre beiden Herren mit einmühten.

Arthur hielt mit Mühe an sich. Was sollte Herr Albrecht auf dem diese Roghbarckhaft denken? Aber der lachte. Und

Frieda hatte kaum etwas gehört: was gingen sie die Fräulein Nidels noch an? Sie wußte nichts mehr vom Schmutz der Erde, ihre Seele hatte Flügel bekommen, die trugen sie in höchste, seligste Höhen.

„Geht, geht 'n bißchen spazieren,“ sagte Mine und stieß die Tochter an. Es war ihr ganz schrecklich, daß die beiden jetzt, gerade jetzt von drüben Gehang, Gelächter, das ganze laute Geköhen mit anhören sollten. Schon quälte das Gramophon. „Geht,“ drängte sie.

Und Frieda zog mit Herrn Albrecht in die Heide hinein. Beide strebten sie weg von jeglicher Menschenseele; so stolz auch Frieda am Arm ihres Bräutigams ging, jede Kleinlichkeit war von ihr abgefallen, jede Keuerlichkeit. Sie hätte sonst wohl die unschuldige Eitelkeit gehabt, ihren Bräutigam recht zu zeigen, heut' glühte in ihr nur der Wunsch, den Geliebten eine Stunde ganz, ganz allein für sich zu haben, von keinem Auge gesehen, von keinem Ohre gehört.

Und Albert empfand denselben Wunsch, aber aus andern Gründen; er sah sich verhöhnen um: kam auch niemand, sah sie auch niemand? In geheimer Scheu drängte er von der Heide ab — wenn ihnen hier die schwarze Anna begegnete! Er führte Frieda ohne Weg, so rasch es ging, hinein in den Wald.

Reichkes hatten dem Paare nachgesehen, solange es sichtbar blieb; Friedas weißes Kleid flatterte. Mine wußte sich über die Augen: wie sie's ihr gönnte, ihrer Frieda, ihrer braven, fleißigen Frieda, die hatte sich das Glückseligsein wirklich verdient!

„Sie hat's große Los gezogen,“ sagte Arthur. „Na, Moge, nu mach Du auch mal voran. Wer weiß, was Dir noch blüht!“ Mit einem ermunternden Lachen schlug er dem Sohn auf die Schulter.

Der stand stumm da, hatte die Hände in den Hosentaschen und runzelte die Stirn.

„Na, was steht denn so da, so, so überelkamt,“ tadelte der Vater. „Na, was hast denn?“

„Ich weiß nicht, ich weiß nicht,“ murmelte Max. „Der gefällt mir nicht!“

„Und warum denn nicht, wenn man frag' darf?“

„Ich weiß nicht, ich weiß nicht!“ Dabei blieb Max.

Und sie fragten ihn auch weiter nach seinen Bedenken nicht.

„Sieh man lieber, daß Du Dich mit Deinem Schwager gut stellst,“ riet der weltfluge Artur. „Vielleicht kannte ankommen bei Reichels; die lassen doch auch streichen und malen.“

„Die haben Parfett.“ Max suchte die Nidels.

Mine ging hin zum Sohn und strich ihm die in die Stirn gefallene straffe Haarsträhne zurück. Sie kannte ihren Jungen; der hatte nicht Vaters Verstand, der hatte nur den ihren; man konnte es ihm nicht übelnehmen, daß er es nicht gleich begreifen konnte, dieses ungewöhnliche Glück. Und er sollte nicht denken, daß sie ihn weniger lieb hätte als Friedchen. Nun er so da stand, gar nicht so froh wie er es doch hätte sein müssen, schier betrübt mit unruhigter Stirn, da fühlte sie eine Liebe für ihn, viel sorgender, als für die glückliche Frieda. „Was hast denn, mein Maxe, tut Dir's denn gar nich' freuen?“

Da gab er sich einen Ruck: „Doch, doch, Mutter. Natürlich!“

Es war heute ein großes Gelärm bei den Nidels, die vier machten mehr Spektakel als vierzehn. Die zwei Fräuleins spielten mit den jungen Herren Sackhen. Wenn eine erwischt wurde, stieß sie einen Schrei aus, der übers Feld gellte.

Das wurde selbst dem Butterhändler zuviel. Daß der auch da war, hatten Reichkes gar nicht bemerkt, nun aber stieß er die Tür seiner Laube auf und rief heraus: „Kuh!“ Als die sich nachlaufenden sich nicht daran hörten, im Gegenteil erst recht laut schrien und dicht bei seiner Laube herumrannten — hinterher die klaffende Almyra — kam er herausgewankt. Sein Gesicht war gedunnen, die grauen Haare hingen ihm wirt um den Kopf. Er holte die Faust, er drohte ihnen: „Mollt Ihr wohl stille sein!“ Und als die Fräuleins lachend aufreißten: „Der mit den Plattbeenen, habah, der mit den Plattbeenen!“ wackelte er, rascher als man's ihm zugetraut hätte, vorn an seinem Saum, raffte wild fluchend eine Handvoll Erde auf und schleuderte sie nach den vorbeirastenden Weidweiden.

(Fortsetzung folgt.)

Ne aufzuheben, wieder außer Kraft setzte. Es ist eine Sprengung aller Regeln der Gesundheit, daß man den Arbeiterschutz vernachlässigt. Meine Partei wird sich dessen nicht schuldig machen. Die Sozialpolitik muß in größtmöglicher Weise getrieben werden auf Basis des Achtstundentags und eines vernünftigen Lohnes. Der Rückgang der Geburten ist erschreckend, es handelt sich hier um eine Lebensfrage der Nation. Der Staatssekretär nannte gestern den Gesundheitszustand der Bevölkerung einen guten. Man braucht sich nur einmal die Arbeiter und Arbeiterinnen anzusehen, wenn sie aus den Munitionsfabriken herauströmen, wie sie bleich daherschleichen. Die Tuberkulose hat zugenommen, die Geschlechtskrankheiten ebenso. Wir haben eine Unterernährung, die an Hungersnot grenzt. Die Säuglingssterblichkeit ist ja proportional zurückgegangen, offenbar eine Wirkung des Stillgeldes (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.-G.), aber entscheidend für den Gesundheitszustand der Bevölkerung ist der Geburtenrückgang (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.-G.), und dieser ist erschreckend. Das ist eine deutliche Folge des Krieges, denn die Ursachen des Geburtenrückgangs liegen in den sozialen Verhältnissen, in den Verhältnissen der Erzeugung und Verteilung der Güter. (Sehr richtig! h. d. Soz. Arb.-G.) Unsere Ernährungszustände sind geradezu russische. Der Satz „Nicht Koh, noch Meißte schützen die teile Höh“ gilt nicht nur für Rußland, sondern auch für Deutschland! (Weis. h. d. Soz. Arb.-G.)

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Summa: Der Vorkrebs überträgt gewaltig, wenn er von einer Hungersnot in Deutschland spricht. Wir leben alle mit dem Volk und wissen, was uns vorgeht. Wären die Verhältnisse so, wie der Vorkrebs sie schildert, so müßte sich das in einer Zunahme der Erkrankungen und Todesfälle zeigen; statt dessen finden wir einen so starken Rückgang der Erkrankungs- und Todesfälle, daß der Staatssekretär mit Recht gestern den Gesundheitszustand der Bevölkerung einen verhältnismäßig befriedigenden nennen konnte. Der sehr behaverliche Geburtenrückgang ist sicherlich nicht eine Folge der gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse, er hat leider schon lange vor dem Krieg eingesetzt. In den Bemühungen um Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit werden wir fortfahren.

Präsident Dr. Kasch: Der Abgeordnete Kurner hat dem Kaiser und Kängler die Schuld an dem Tod und Anglück von Millionen gegeben und sie damit als Ursache des Krieges hingestellt. Dafür rufe ich ihn zur Ordnung. (Lebh. Weis.)

Staatssekretär Dr. Gelfferich: Auf den Schlusssatz des Abgeordneten Kurner sage ich: Ein Deutscher, der gegenwärtig russische und deutsche Zustände in einem Atem nennt, beschmüht sein Vaterland. (Lebh. Weis.)

aber der Hebertreibung, daß im ganzen deutschen Volke Hungersnot herrschte, mußte ich entgegentreten. (Weisfall.)

Abg. Kurner (Soz.): Weil ich deutsche Reaktionäre und russische Revolutionäre in Vergleich bringe, soll ich mein Vaterland beschmühen haben. Ich wäre stolz darauf, wenn der Fortschritt bei uns vorhanden wäre, der jetzt im russischen Reich vorhanden ist. (Zustimmung h. d. Soz. Arb.-G.)

Abg. Leube (Fortchr. Sp.): Wäster haben wir nur beobachtet können, wie radikale Sozialisten im Parlament Dinge vorbrachten, die ihr Vaterland schädigten. Es tut mir leid, daß das jetzt auch im Deutschen Reichstag geschieht. (Weisfall.)

Die Debatte schließt.

Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ wünscht Abg. Weder Arnberg (Ztr.), daß die Krankentassen für die Kriesschäden werden sollen, die ihnen aus der Regelung der Kriegsschäden erwachsen.

Abg. Gsch (Soz.): Wenn wir heute in der Kritik enthalten sind, so darf nicht etwa gefolgert werden, daß keine Mängel bestehen. Wir haben uns bei der Arbeiterversicherung eine schwere Vernachlässigung zuschulden kommen lassen, weil wir an einen Krieg und an Kriegsschäden nicht gedacht haben. Wir müssen die Versicherung nach dem Krieg auf eine finanzielle gesunde Grundlage stellen. Dazu müssen aber jetzt schon die nötigen finanziellen Grundlagen geschaffen werden, und ich frage, ob bereits an diese Aufgabe herangegangen ist.

Ministerdirektor Dr. Caspar: Die Belastung der Krankentassen durch die Kriegsschädigten ist schon lange Gegenstand ernster Erwägungen. Auch die Frage statistischer Erhebungen über die Einwirkung der Kriegsschäden auf die Krankentassen ist eingehend geprüft worden. Aber die Frage, welche Krankheit die Folge einer Kriegsschädigung ist, kann nicht nach einem allgemeinen statistischen Schema, sondern nur im Einzelfall beantwortet werden.

Abg. Seemann (natl.): Leider ist man noch nicht überall von sozialem Geiste durchdrungen, insbesondere nicht bei der Verteilung von Betriebsunfällen; ich könnte da aus eigener Erfahrung sprechen. Aber auch verunglückten Frauen gegenüber ist das jetzigen. Engbergige Handhabung züchtet das Simulantentum, das sollten die Ärzte sehr beachten. Medner tritt des weiteren für einen Antrag Kählermann ein, wonach Mentenempfangener aus den Reichsversicherungsstellen im Falle der Bedürftigkeit angemessene Kriegszulagen aus Reichsmitteln erhalten sollen.

Abg. Behrens (D. Frakt.) bittet bei der Feststellung der Bedürftigkeit mit Wohlwollen zu verfahren.

Abg. Gohmann (Ztr.) tritt ebenfalls für den Antrag Kählermann ein.

Die Debatte schließt. Der Antrag Kählermann wird angenommen.

Beim Kapitel „Aufsichtsam für Privatversicherung“ weist Abg. Siedenbrand (Soz.) auf die Verleerung der Versicherungssapalten während des Krieges hin, die aus dem vergütungslösen Verfall zu vieler großer und kleiner Versicherungen entstanden sind. Diese unmittelbare Folge des Krieges muß geradezu als unmoralische Ausnutzung des Krieges bezeichnet werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das Risiko tragen ganz die Versicherungsnehmer. Von den Gesellschaften ist ein Entgegenkommen nicht zu erwarten. Die wollen eine Änderung der Bestimmungen erst eintreten lassen — beim nächsten Kriege. (Lebhafte Fort. hört.) Man muß daher vor Kriegsbeginn ein Auge werfen, und man kann das. Ein Antrag meiner Freunde weist einen Weg zur Abhilfe. Wir beantragen, daß für alle Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen, die während des Krieges durch Einstellung der Prämienzahlung verfallenen Versicherungen dadurch wieder in Kraft gesetzt werden können, daß die Versicherungsnehmer die Prämien zinsfrei nachzahlen oder verlangen können, daß der Beginn und Endtermin der Verfallung ohne Abzug der Versicherungssumme um den Zeitraum hinausgeschoben werden, während dessen Prämien nicht bezahlt wurden. Dieser Antrag schädigt die Gesellschaften nicht. Er stellt das mindeste an dem dar, was man für die geschädigten Versicherungsnehmer verlangen muß. (Zustimmung h. d. Soz.) Die Durchführung des Antrags ist ganz zweifellos; denn die „Kriegsjahre“ verläuft bereits nach der in unserem Antrag ganz allgemein geforderten Weise.

Abg. von Graefe (natl.) billigt den Antrag und die Ausführung des Vortrages, dann wünscht er, die bei der Befolgung

der Bureaubürore besternden unbilligen Härten nicht erst nach dem Kriege, sondern jetzt schon zu beseitigen.

Abg. Behrens (D. Frakt.) erklärt seine Zustimmung zum Antrag Kählermann. Auch die deutsche Volksversicherung verfährt bereits dem Antrag entsprechend. — Der Antrag wird dem Reichshaushaltsausschuß überwiesen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung.

Abg. List (natl., zur Geschäftsordnung): Fünf große Berliner Zeitungen haben über die gestrige wichtige Rede des Staatssekretärs nicht berichtet unter dem Vorwand des Papiermangels. Ich frage den Herrn Präsidenten, ob er etwas Näheres darüber weiß.

Staatssekretär Dr. Gelfferich: Zur Aufklärung kann ich mitteilen, daß vor 14 Tagen die betreffenden fünf Zeitungen an den Reichskanzler eine Eingabe mit einer Reihe von Wünschen gerichtet haben. Diese Eingabe ist dem Reichsamt des Innern überwiesen worden. Daß ein besonderer Papiermangel bei Ihnen vorliegt, ist weder dem Reichsamt des Innern noch der Reichswirtschaftsstelle mitgeteilt worden. Die Entscheidung über die Eingabe wird natürlich unabhängig davon getroffen werden, ob meine Reden gebracht werden oder nicht.

Abg. Gröber (Ztr.): Wenn die fünf Zeitungen sich herausnehmen, einen Redner für eine wirkliche oder vermeintliche Tatsache durch Nichtbringen seiner Rede zu bestrafen, so haben wir allen Anlaß, dieses Verfahren als völlig ungehörig zu kennzeichnen, doppelt ungehörig, wenn dadurch ein Druck auf Papierzuteilungen auf Kosten der Provinzpresse ausgeübt werden soll. (Zustimmung.)

Abg. Schiffer (Magdeburg, natl.) erklärt das Vorgehen der fünf Blätter ebenfalls nicht wütig der Presse und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit.

Abg. von Bayer (Fortchr. Sp.) betont ebenfalls die Verpflichtung der Presse zu einer objektiven Information des Publikums. Hoffentlich werden die betreffenden Zeitungsherausgeber sich rasch fassen und von dem etwas überstürzten Spiel sich so rasch als möglich zurückziehen.

Abg. Scheibmann (Soz.): Wir sind in der unangenehmen Lage, die andere Seite nicht zu hören. Aber wenn es richtig ist, daß die Zeitungen ihr Verlangen nach Papier zum Schaden anderer Zeitungen erhoben haben, so läge der Vergleich mit der Brotlieferung nahe. Das Papier ist für die Zeitungen Brot, und kein Zeitungsherausgeber hat mehr Anrecht als ein anderer. Wichtig ist, daß die Presse hier als Zensor auftritt. Ob ein Zensor oder eine große Berliner Zeitung einen Artikel streicht, ist im Effekt ganz dasselbe. Ich kann nicht einsehen, wie die Zeitungen glauben können, auf diesem Weg ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Reichstag sowohl wie die Öffentlichkeit haben Anspruch auf eine objektive Berichterstattung über unsere Verhandlungen. Ich bedaure deshalb, daß die Zeitungen zu diesem Pressionsmittel gegriffen haben und hoffe, daß sie davon Abstand nehmen werden. (Zustimmung.)

Abg. Graf Westarp (konj.) und Abg. Dr. Urcandt (Deutsche Fraktion) schließen sich den Vorrednern an.

Abg. Wittmann (Soz. Arb.-G.): Eines Allgemeinen Urteils über den fraglichen Vorgang müssen wir uns enthalten, bis wir auch die andere Seite gehört haben. Den Wunsch auf objektive Berichterstattung teilen gerade wir von der Sozialdemokratischen Arbeitgemeinschaft, die wir unter der nicht objektiven Berichterstattung besonders zu leiden haben, und zwar mit Willigung der Regierung, hat sie uns doch angeblich aus Papiermangel nicht gestattet, in Berlin eine Zeitung herauszugeben. Wir könnten ein Gefühl der Schadenfreude haben, daß Herr Gelfferich jetzt das gleiche trifft, was uns so oft trifft. Man kann die Dinge aber auch noch von dem Gesichtspunkt ansehen, ob bei der Presse nicht ein Akt der Notwehr vorlag. Die Regierung soll mit ihren Anforderungen an die Presse doch den Bogen nicht überspannen und den Zeitungen nicht Zumutungen stellen, die sie beim besten Willen nicht erfüllen können. Ich würde mich freuen, wenn die heutige Aussprache dazu führt, daß alle fraktionell gleichmäßig darüber wachen, daß in der Berichterstattung alle berücksichtigt werden.

Präsident Dr. Kasch: Die von dem Abgeordneten Urcandt an mich gestellte Frage kann ich durch die Geschäftsordnung nicht erledigt ansehen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Kurze Anträge, Fortsetzung der Etatsberatungen.)

Schluß 8 Uhr.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Bielefeld.

Bielefeld, 23. März. (Eine Gemeindevorstandsversammlung) findet am Samstagabend 8 Uhr statt. Zur Beratung steht der Antrag zu dem Wahl- und Prämienlohn der Arbeiter für 1916, ferner zur Herabsetzung und der Antrag der Gemeindevorstands auf Gewährung einer Teuerungsgeldzahlung.

Wahlkreis Sersdorf 1 und 2.

Burg, 23. März. (Die Aufgabe von Lebensmittelfaktoren) Gemäß der Verordnung über Waren, Lebensmittel und Lebensmittelwaren werden die Lebensmittelkassen für die Ausgabe der Lebensmittel aus den Geschäftsbüroren oder dem Verkaufsstellen am Samstagabend von 19 Uhr bis 12 Uhr in den Geschäftsbüroren des Lebensmittelkassen B unterhalten. Für die Tage 1, 2, 3, 5, 8, 9 und 15 ist der Verkaufsstellen im Lager der Lebensmittel des Lebensmittelkassen B und für die Tage 1, 2, 3, 5, 8, 9 und 15 ist der Verkaufsstellen im Lager der Lebensmittel des Lebensmittelkassen B unterhalten. Die Besondere Geschäftsverteilung ist nicht abzuwickeln, was die Geschäftsbüroren betrifft. Der Verkaufsstellen des Lebensmittelkassen B befindet sich im Geschäftsbüroren, jedoch sind die Lebensmittelkassen B unterhalten. Die Besondere Geschäftsverteilung ist nicht abzuwickeln, was die Geschäftsbüroren betrifft.

(Die Aufgabe von Kartoffelkassen) werden im nächsten Jahresanfang mit am Donnerstag und Freitag an die Geschäftsbüroren am Samstag 11 bis 12 Uhr, am 24. März 9 bis 10 Uhr, 2. 11 bis 12 Uhr, 3. 11 bis 12 Uhr, am 25. März, samstags 8 bis 9 Uhr, 2. 11 bis 12 Uhr, 3. 11 bis 12 Uhr, am 26. März, samstags 8 bis 9 Uhr, 2. 11 bis 12 Uhr, 3. 11 bis 12 Uhr. Die Besondere Geschäftsverteilung ist nicht abzuwickeln, was die Geschäftsbüroren betrifft.

(Die Aufgabe von Kartoffelkassen) werden im nächsten Jahresanfang mit am Donnerstag und Freitag an die Geschäftsbüroren am Samstag 11 bis 12 Uhr, am 24. März 9 bis 10 Uhr, 2. 11 bis 12 Uhr, 3. 11 bis 12 Uhr, am 25. März, samstags 8 bis 9 Uhr, 2. 11 bis 12 Uhr, 3. 11 bis 12 Uhr, am 26. März, samstags 8 bis 9 Uhr, 2. 11 bis 12 Uhr, 3. 11 bis 12 Uhr. Die Besondere Geschäftsverteilung ist nicht abzuwickeln, was die Geschäftsbüroren betrifft.

Wahlkreis Halle-Niederlande.

Halle, 23. März. (Gemeindevorstand) Der Vorstand des Gemeindevorstandes der Halle-Niederlande findet am Samstagabend 8 Uhr statt. Zur Beratung steht der Antrag zu dem Wahl- und Prämienlohn der Arbeiter für 1916, ferner zur Herabsetzung und der Antrag der Gemeindevorstands auf Gewährung einer Teuerungsgeldzahlung.

Bismarck, 23. März.

(In der Gemeindevorstandsversammlung) wurde der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1917/18 gemacht. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 20.940 Mark ab. Für März findet die Rechnungslegung von 12 auf 18 Mark statt.

Eintracht, 23. März.

(Die Arbeiterauskunftswahl) auf der Konferenz-Eintracht, die jetzt vorgenommen werden soll, geht es um die Wahl, die jetzt vorgenommen werden soll. Allerdings ist es nicht gelungen, einvernehmlich die Wahlbestimmungen getroffen zu werden. Jeder hat eine Anwartschaft und jeder Einzelrichter wählt, aber keine der Bestimmungen der Wahlbestimmungen wird berücksichtigt. Es darf nicht sein, daß alle Anwartschaften erfüllt werden können. Die Wahlbestimmungen sind nicht erfüllt worden. Die Wahlbestimmungen sind nicht erfüllt worden. Die Wahlbestimmungen sind nicht erfüllt worden.

Die Wahl (Die Wahl) ist bestimmt und hat den besten Teil der Wahlbestimmungen übernommen.

Die Wahl (Die Wahl) ist bestimmt und hat den besten Teil der Wahlbestimmungen übernommen.

Die Wahl (Die Wahl) ist bestimmt und hat den besten Teil der Wahlbestimmungen übernommen.

Die Wahl (Die Wahl) ist bestimmt und hat den besten Teil der Wahlbestimmungen übernommen.

Die Wahl (Die Wahl) ist bestimmt und hat den besten Teil der Wahlbestimmungen übernommen.

Die Wahl (Die Wahl) ist bestimmt und hat den besten Teil der Wahlbestimmungen übernommen.

Kleine Chronik.

Gattenmord und Selbstmord.

Eine erschütternde Familiengeschichte trat sich am Donnerstag in Friedland zu. Dort hat der 40jährige Kaufmann und Architekt Paul Ziese seine 34jährige Ehefrau durch drei Schüsse getötet, dann sich selbst erhängt und auch erschossen. Es soll die Tat aus jahrelangem, verächtlichen Vermögensverhältnisse und aus Eifersucht begangen haben.

Einbrecherpöbel.

Einen Mißgriff machten Einbrecher in Berlin, die einen Schrank einer Schuhwarenhandlung ausplünderten. Sie glaubten 16 Paar Schuhstiefel erbeutet zu haben, hatten aber in Wirklichkeit durchgehende Stiefel erwischt.

Bereins = Kalender.

Bereit für Feuerbestattung. Lichtbilder-Vortrag des Herrn Senf vorrühers Schäfer über „Deutschlands innere Kraft“ am 28. März, abends 8 Uhr, in der alten „Harmonie“, Peterstraße 1.

Reue Reichsföder Arbeiter-Gesangsverein. Am Sonntag den 25. d. M., morgens 10 Uhr, Übungsstunde im „Weißen Hof“.

Taruberein Fichte (F.F.). Am Sonntag den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, Treffen familiärer Abteilungen in der Turnhalle nachende 99 zur Vereinsstunde.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null. Gat Stat.

Ort	21. März	22. März	23. März
Carlsbühl	+ 1,00	—	—
Frankfurt	+ 2,40	—	—
Leipzig	+ 2,35	—	—
Magdeburg	+ 2,35	—	—
München	+ 1,45	—	—
Nürnberg	+ 3,57	—	—
Regensburg	+ 4,01	—	—
Salzburg	+ 3,53	—	—
Wien	+ 3,91	—	—
Bamberg	+ 4,30	—	—
Berlin	+ 3,57	—	—
Brandenburg	+ 4,11	—	—
Chemnitz	+ 3,57	—	—
Dresden	+ 3,43	—	—
Essen	+ 2,72	—	—
Frankfurt	+ 2,29	—	—
Halle	+ 2,58	—	—

Wettervorhersage.

Sonntag, 24. März: Bismarck, Bielefeld, Halle, Sersdorf, Bismarck, Eintracht, Halle, Sersdorf, Bismarck, Eintracht, Halle, Sersdorf.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 23. März 1917.

Weniger Brot.

Das Brotgetreide wird seit einigen Wochen zu einem höheren Prozentsatz ausgemahlen, das Brot wurde dunkler und bekam auch vorübergehend eine andre Form. Das neue Kriebsbrot reicht in der Erziehbildung nicht an das alte heran, diese Erfahrung machen die Frauen jeden Tag. Deshalb hoffte man auf eine Vermehrung der Ration. Aber das Gegenteil ist eingetreten. An anderer Stelle der vorliegenden Nummer ist nachzulesen, daß eine erhebliche Herabsetzung der Brotzotation vom 15. April an stattfinden wird. Die Ration wird um ein Viertel gekürzt. Daneben werden die Brotzulagen ebenfalls um 25 Prozent herabgesetzt, für Jugendliche kommen sie ganz in Wegfall.

Man will diese Einschränkung auszugleichen suchen durch die Erhöhung der wöchentlichen Kartoffelmengen auf 5 Pfund. Bisher gab es täglich ein halbes Pfund. Außerdem soll die Fleischration pro Person und Woche um 250 Gramm erhöht werden, so daß die Fleischkarte auf 1 Pfund lauten wird.

Der Ausgleich durch die größere Fleischration steht zunächst nur auf der Lebensmittelkarte. Dergleichen von der theoretischen Berechtigung bis zum Kauf ist ein langer Weg für die Frauen kleiner Angestellter, Beamten und Arbeiter. Sie können heute in zahlreichen Fällen nicht einmal ihre volle Fleischration abholen — in Magdeburg gibt es übrigens auch nicht 250 Gramm pro Woche —, die verdoppelte Ration wird ihnen ein unerreichbares Ideal bleiben. Dazu reicht ihr Einkommen nicht. Die Reichsregierung will darauf Rücksicht nehmen, daß mit der neuen Rationierung die Lebenshaltung wieder bedeutend verteuert wird. Es soll eine Verbilligung des Fleischbezugs in der Art durchgeführt werden, daß auf die Mehrabgabe von 250 Gramm Fleisch von dem Reich ein Zuschuß gezahlt wird, der dem Wert der weggefallenen Brotmenge entspricht. Der Reichszuschuß wird den gepägten Hausfrauen die Ernährungslast auch nicht viel erleichtern.

Was eine Erleichterung bringen könnte, das wäre ein Ausgleich, der sich nicht nur darauf beschränken dürfte, an Stelle von Brot teures Fleisch zu geben, sondern alle Vorräte an Kartoffeln, Milch, Eiern und Gemüse für das Volksganze zu geübten Preisen nutzbar machte. In einer offiziellen Mitteilung heißt es: „Noch verfügen wir über nicht unerhebliche Mengen an unausgedroschenem Getreide, sollte sich der derzeitige Zustand herausstellen, daß die letzten Bestandsaufnahmen zu einer Unterschätzung der Erträge geführt haben, so würden die beteiligten Stellen sicherlich nicht zögern, die Lebensmittelverteilung entsprechend zu gestalten.“ Watock hat wiederholt gesagt, daß bei Bestandsaufnahmen und Ablieferungen anheimend nicht immer vollständig verfahren werde. Wie bei dem Getreide, so bei Kartoffeln. Das Kartoffelrätel ist noch nicht gelöst. Fachleute haben eine andre Erklärung für die Knappheit als die der schlechten Ernte.

Hier sind zu kaufen, wenn man genügend Geld anwendet. Durch die Verteilungsstellen zu den Höchstpreisen wollen sie selbstverständlich nicht gehen. Der Preis von 33 Pfg. bei dem der „geregelte“ Handel an Stück 9 Pfg. verdient, ist ihnen noch zu gering. In Berlin kosten sie übrigens nur 28 Pfg. Berlin liegt offenbar der Landwirtschaft näher als die Provinz Sachsen. Daß Käse und Quarkkäse noch existieren, erfährt man gelegentlich durch Zufall. So gibt es noch eine ganze Reihe Nahrungsmittel, die zwar vorhanden, aber nicht erreichbar sind. Also einen Ausgleich schaffen, das ist notwendig. Aber er muß bis an die Vorräte der Erzeuger gehen. —

Meldungen zum Zivildienst.

Im Angeigenteil erläßt der Polizeipräsident eine Aufforderung an die Zivildienstpflichtigen, sich persönlich oder schriftlich zu melden. Ueber die Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen wird außerdem mitgeteilt:

Im § 5 der Bundesratsverordnung vom 1. März 1917 betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den Zivildienst sind unter Ziffer 1 bis 10 eine Anzahl Behörden, Berufe und Betriebe genannt und die bei diesen beschäftigten Personen von der Aufnahme in die Nachweilung der Hilfsdienstpflichtigen und von der Meldepflicht befreit. Im § 5 Ziffer 11 ist den Kriegsamtsstellen das Recht übertragen, außerhalb der zu 1 bis 10 genannten Gruppen für ihren Bezirk kriegswichtige Betriebe zu bezeichnen und die bei diesen beschäftigten Personen von der Aufnahme in die Nachweilung der Hilfsdienstpflichtigen und von der Meldepflicht gleichfalls zu befreien. Von diesem Recht konnte die Kriegsamtsstelle Magdeburg keinen Gebrauch machen, weil es bei der Kürze der Zeit unmöglich war, alle im Bereich der Kriegsamtsstelle befindlichen Betriebe auf ihre Kriegswichtigkeit zu prüfen. Die Kriegsamtsstelle durfte sich bei gerechter Handhabung der Sache nicht darauf beschränken, nur diejenigen Betriebe, die bei ihr einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, auf ihre Kriegs-

wichtigkeit hin zu untersuchen und gegebenenfalls für kriegswichtig zu erklären, hätte vielmehr auch die vielen, ihr nicht näher bekannten Betriebe, die keinen Antrag gestellt hatten, bei dieser Feststellung berücksichtigt werden müssen. Da dies unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich war, mußte von der Bezeichnung kriegswichtiger Betriebe, die von der Meldepflicht befreit werden können, gänzlich Abstand genommen werden.

Sämtliche Hilfsdienstpflichtigen, die nicht bei den in § 5 Ziffer 1—10 genannten Behörden, Berufen und Betrieben beschäftigt sind, unterliegen daher der Meldepflicht. Dadurch, daß kriegswichtige Betriebe als solche von der Kriegsamtsstelle nicht bezeichnet werden konnten, entstehen diesen jedoch keinerlei Nachteile, von der durch die Anneldung der Hilfsdienstpflichtigen verursachten Mehrarbeit abgesehen. Insbesondere ist darauf hingewiesen, daß die angeblich nicht mögliche Bezeichnung kriegswichtiger Betriebe nicht etwa die Einziehung der bei diesen beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen zur Folge hat, wie nach den an die Kriegsamtsstelle gerichteten Nachrichten hier und da scheinbar angenommen wird. Kriegswichtigen Betrieben werden selbstverständlich keine Hilfsdienstpflichtigen entzogen. Auch haben die bei nicht kriegswichtigen Betrieben beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen nicht zu besorgen, daß sie unmittelbar nach der Meldung zur Ableistung ihrer Hilfsdienstpflicht sofort eingezogen werden. Mit der bevorstehenden Meldung ist vielmehr vorläufig eine Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen beabsichtigt.

Vertrieben, die glauben, daß sie mit allen ihren Arbeitern unter § 2 des Hilfsdienstgesetzes fallen bleibt es unbenommen, sich mit dem Antrag auf Feststellung, daß sie kriegswichtig im Sinne des § 2 des Hilfsdienstgesetzes sind, an den Feststellungsausschuß in Magdeburg, Bäckerstraße 9, zu wenden, an den auch die bisher gestellten Anträge zur Entscheidung abgegeben sind. —

**** Versicherung der Hilfsdienstpflichtigen.** Der Magistrat schreibt uns: Die im Hilfsdienst Beschäftigten sind durch die Bundesratsverordnung vom 24. Februar 1917 den Vorschriften über die kriegswichtige Arbeiter- und Angestelltenversicherung unterstellt. Nur kann nach der Vorschrift des § 173 der Reichsversicherungsordnung auf Verlangen von der Krankenversicherungspflicht befreit werden, wer auf die Dauer nur zu einem geringen Teil arbeitsfähig ist. Es besteht daher die Gefahr, daß diese Bestimmung mißbräuchlich zum Nachteil der Hilfsdienstpflichtigen angewendet werden könnte. Denn viele derselben, namentlich soweit es sich um ältere und bisher nicht gegen Unfall beschäftigte Personen handelt, sind naturgemäß in gewissem Grade in der Arbeitsfähigkeit beschränkt. Es wäre immerhin möglich, daß auf diese ein Druck seitens der Arbeitgeber ausgeübt würde, um sie zur Stellung eines Versicherungsantrags zu veranlassen und so die Arbeitgeber von den Versicherungsbeiträgen zu entlasten. Ein solches Verfahren wäre indessen durchaus zu mißbilligen. Die Wohlthaten der sozialpolitischen Versicherung müssen ja mit Hilfe der Hilfsdienstpflichtigen zu stehen kommen. Eine entgegengezielte Handlungsweise von Seiten einzelner Arbeitgeber würde als in hohem Grade unzulässig anzupprechen sein. Außerdem dürften solche Versicherungsanträge keinerlei Aussicht auf Erfolg haben. Denn die Entscheidung von der Versicherungspflicht ist an die Zustimmung des vorläufig unterhaltungsrechtlichen Armenverbandes geknüpft und die Armenverbände sind angewiesen worden, von dieser Vorschrift zur Erteilung ihrer Zustimmung zu den Versicherungsanträgen im öffentlichen Interesse in besonders vorzüglicher Weise Gebrauch zu machen, ihre Einwilligung aber überall da zu verweigern, wo der Verdacht eines Mißbrauchs besteht. —

**** Die Anmeldepflicht für die beschlagsnahen Muntagsgegenstände** läuft am 25. März ab. Wer die Anmeldung unterläßt, macht sich strafbar. —

— Kinder-Brandstiftungen in der Provinz Sachsen. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist, Kinder immer wieder eindringlich vor dem Umgehen mit Streichhölzern, Licht und anderem offenen Feuer zu warnen. Es ist erschauend, wie viele Brände nach wie vor durch Kinderhände verursacht werden, die mit Brennstoffen oder Feuer spielen. Abgesehen davon, daß in zahlreichen Fällen Leben oder Gesundheit von Menschen bei Bränden zu beklagen sind, muß gerade in heutiger Zeit darauf geachtet werden, daß auch kein noch so geringer Teil unserer Volkswirtschaft auf unnütze Weise vernichtet wird. Allerdings darf nicht veressen werden, daß es jetzt vielen Müttern überhaupt unmöglich ist, die Kinder genügend zu beaufsichtigen. Sie müssen zur Arbeit gehen und sehr viele Tagesstunden mit Nahrungsmittelnkauf verbringen. Nach einer einmonatigen Ausfuhrung sind allein im Jahre 1916 und ausschließlich im Bereich der Landfeuerwehr der Herzogtums Sachsen (Merkelberg) 42 Brände durch Spielen mit Streichhölzern oder unvorsichtiges Umgehen mit Feuer seitens der 2 bis 12-jährigen Kinder verursacht worden. 26 von diesen waren schulpflichtig, 18 noch nicht schulpflichtig. 16 Brandstiftungen sind zuverlässig allein auf Streichhölzerei zurückzuführen; erinnerlich ist noch der Brand in Burgschleiden am 17. April, den ein 2-jähriges Kind im Bett der Mutter durch Spielen mit Streichhölzern anstiftete, und bei dem das Kind in den Flammen umkam. An Entschädigungen für Kinder-Brandstiftungen hat die Feuerzweckanstalt in Merseburg im vergangenen Jahre mehr als 7500 Mark aufgewandt. An Ausgaben für öffentliche und gemeinnützige Zwecke hat die Sozialität im Jahre 1916 45 470 Mark gezahlt, darunter 500 Mark zur Errichtung von Kleinkinderschulen. —

— Das Bestimmungsrecht über die religiöse Erziehung des Kindes spielte in einem Strafprozeß wegen Schulverwehrs eine wichtige Rolle. Frau Voßhoff war angeklagt worden, weil sie ihre Tochter Weia an 12 Tagen nicht zur Schule geschickt habe. Die evan-

gellische Angeklagte ist von ihrem katholischen Manne rechtskräftig geschieden, indem der Mann für schuldig erklärt wurde. Sie war seinerzeit mit dem Manne evangelisch aufgetreten und im Einverständnis mit dem Manne hatte man die Tochter evangelisch taufen lassen. Als das Mädchen schulpflichtig wurde, wollte Frau B. es in die evangelische Schule schicken. Dort wurde es nicht angenommen. Die Behörde verlangte die Unterbringung in einer katholischen Volksschule. Der Vater, der sich im übrigen um seine Ernährerpfllichten nicht gekümmert hatte, hatte inzwischen die Erklärung abgegeben, daß er jetzt wünsche, das Kind solle in die katholische Schule eingeschult werden. Das wollte aber die Frau nicht, und so kam es zu der Schulverwehr, obwohl das Kind nun schulpflichtig war.

Das Landgericht als zweite Instanz sprach die Angeklagte frei und führte aus: Wenn auch der Vater seinerzeit darin gewilligt habe, daß das Kind in der evangelischen Religion der Mutter erzogen werden solle, habe er doch das Recht gehabt, jetzt seinen Willen zu ändern. Das reiche aber nicht zur Bestrafung der Angeklagten aus: Denn das evangelisch getaufte Kind sei auch jetzt noch evangelischer Konfession. Ohne einen Konfessionswechsel des Kindes hätte nicht verlangt werden können, daß das Kind die katholische Schule besuche. Das Landgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Solange die Eltern einig seien, wäre ihr Entschluß hinsichtlich der religiösen Erziehung des Kindes maßgebend. Von dem Augenblick ab jedoch, wo die Eltern nicht mehr einig seien, habe der Vater das Bestimmungsrecht, in welcher Religion das Kind erzogen werden solle. Der Vater habe das Recht gehabt, das Kind in die evangelische Schule, wie die Mutter wollte, oder in die katholische Schule einschulen zu lassen. Er habe sich für die katholische Schule ausgesprochen. Dabei müsse es sein Bestehen haben. Schickte die Frau das Kind nun nicht in die katholische Schule, so sei sie strafbar. —

— Feuer in einem Café. Am Donnerstag abend gegen 10^{1/2} Uhr wurde im ersten Obergeschoß des Cafés Merkur, Große Mühlstraße 18, ein Deckenbrand bemerkt. Die telefonisch alarmierte Feuerwehr besiegte durch Ausnehmen des Fußbodens und Ausschneiden der brennenden Balken die Gefahr. Das Feuer ist vermutlich durch Wegwerfen einer noch brennenden Zigarette entstanden. —

— Gestohlen wurden vor einigen Tagen aus einem Laden am Breiten Wege ein Etui mit sechs silbernen Schlüsseln und ein Teelöffel; am 20. abends vom Hofe des Grundstücks Sternstraße Nr. 9 ein kleiner Handleitwagen; in der Nacht zum 21. aus einem Lagerraum in der Mühlenhofstraße drei Treibriemen; am 21. nachmittags aus einer Wohnung in der Halleschen Straße ein Stadtschloß, mehrere Bücher des Landbesizers und 2 Pfund Schinken; in der Nacht zum 22. aus einem Schaufenster am Marktplatz nach Zertrimmern einer Scheibe 2 Duzend große und 2 Duzend kleinere Rollen mit schwarzem und weißem Zwirn; aus dem Stall einer Gartenparzelle drei Enten, ein Huhn, vier Tauben und sechs Kanarienvögel; in der Nacht zum 23. aus einem Keller in der Nachtweidenstraße etwa 10 Zentner Kartoffeln. —

— Wem gehört der Trauring? Am 7. d. M. ist ein Soldat in einen Laden der Halberstädter Straße gekommen, hat einige Zigaretten gekauft, sich vom Ladeneinhaber 5 Mark geliehen und dafür einen Trauring, G. F. 10. 8. 07 in Pfand gegeben. Er hat sich bis heute nicht wieder sehen lassen. Falls der Ring gestohlen sein sollte, ersucht die Kriminalpolizei um Nachricht. —

Theater, Konzerte etc.

Mitteilungen der Direktoren.

Stadttheater. Heute Sonnabend: „Maria Stuart“. Sonntag nachm. 6. Volksvorstellung: „Der Weibskerker“. Anf. 8 Uhr. Gastspiel Kammerherr Lattmann: „Die Meisterfinger von Nürnberg“. Spielung Herr Wattew.

Städtisches Orchester. Mittwoch, 28. März: Großes Volkskonzert im Fiskus. Zeit. Abd. Kapellmeister Dr. Nath. Eintrittsk. bei Heinrichshofen und in den Verkaufsstellen. Militär vom Feldwebel abwärts zu den 1. Rangplätzen frei.

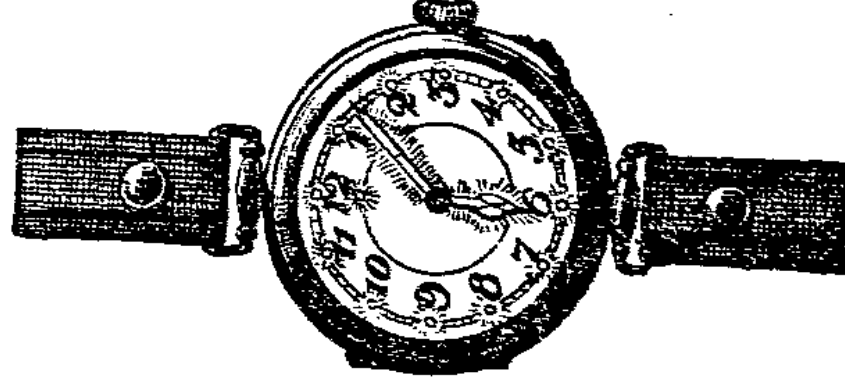
Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 22. März. Todesfälle: Luise geb. Hiemann, Ehefrau des Arbeiters Louis Lange, 81 J. 7 M. 3 T. Malermeister Julius Holz, 71 J. 8 M. 25 T. Witwe Margarete Buche geb. Raebitzke verw. gew. Walthies, 79 J. 3 M. 27 T. Logenführer Julius Teich, 67 J. 16 T. Amalie geb. Richter, Ehefrau des Lehrers Heinrich Hahn, 57 J. 5 M. 15 T. Martha geb. Kemmer, Ehefrau des Gemeindeführers Johannes Otto, 46 J. 6 M. 9 T. Ella T. des verst. Maschinenbauers Richard Simon, 12 J. 3 M. 28 T. Rudolf S. des Arbeiters Hermann Franke, 1 J. 11 M. 25 T.

Eudenburg, 22. März. Todesfälle: Rentnerwitwe Margarete Joenade geb. Kuhlmann, 74 J. 7 M. Wehrmann im Reserve-Regiment Infanterie-Regiment Nr. 2 Schloßer Adolf Trost, 34 J. 5 M. 2 T. Obergüterverwalter Wilhelm Kratoch, 52 J. 3 M. 4 T. Brunislawa geb. Groß, Ehefrau des Landwirts Julius Schüler, 40 J. 8 M. 8 T.

Gracan, 22. März. Todesfall: Witwe Marie Kavold geb. Bolter, 78 J. Ehefrau Marie Anna Günther geb. Schreiber, 22 J. **Fermersleben, 22. März.** Todesfall: Arbeiter Otto Heute, 26 J. Witwe Luise Boltheim geb. Rudolf, 73 J. Glt. L. des Arbeiters Emil Brandt, 2 M.

Ab Ende April
befinden sich meine
Geschäftsräume
Breiteweg
35
1. und 2. Etage
gegenüber der Ulrichtstr.
in den früheren Räumen
der Firma
Hermann Zadek.



**Für Uhren-
Reparaturen**
empfehle ich
Uhren-Ersatzteile
Uhrgläser
**Uhrmacherwerk-
zeug usw.**

Sonnabend!
jeweil Vorrat:
Apfelsinabowle 985
Apfelverle
Johannbeercrwein
Wermutwein
Rot- und Weißweine
R. Lehmann
Obeueidter Straße 47
Ecke Frickestraße.
Geschäftszeit:
5 bis 12^{1/2} und 3 bis 7 Uhr

Eine vorzügliche Bezugsquelle
für
Armeeuhren
an Private und Wiederverkäufer bei einem Fachmann. Ich offeriere:
Armbanduhren mit Leuchtblatt zu Mk. 8.50 10.50 16.00 26.00 32.00
Uhren ohne Armband, Leuchtend zu Mark 6.75 7.75 8.75 13.50 20.00 22.00
Versand nach dem Felde wird übernommen. 9855

Schmirer - Waschmittel
markenrein - schäumt, wäscht
und reinigt tadellos, kein Ton-
nieder, stichl. ungetroffen.
In 10-Pfund- und 3-Pfund-
Packeten zu haben. 9890
M. Steiner Magdeburg
Kaiserstr. 13, 2 Tr. l.
Feinbrot 4331.

**Hallo
U 3?**

Das ist
„Schrimmers“
3 Herren-Garderobenhaus in Magdeburg
3 Alte Ulrichstrasse 3
In demselben werden Sie tadellos und fach-
männlich beratend bedient. **Feste Preise**
und **grosse Auswahl** erleichtern Ihnen
den Einkauf.
Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge
werden verliehen.

H. Krell, Katharinenstraße 11.
Mitglied der Speervereingung gegen Munition liefernde Reichsweizer Uhrenfabriken
Im Laden: Einzelverkauf. — 1. Etage: Engros-handel.
Militärbesitzer u. Kantinen sowie sonstige Einkäufer aus dem Felde erhalten Chertre nach der Engros-Preisliste.

Empfehle: 9836
**Neue Herren- und
Jünglings-Garderobe**
**Frack-, Gehrock- und
Smoking-Anzüge**
P. Fröhmann
Breiteweg 87, 1 Treppe
gegenüber Brauereischloß.

Ansichtspostkarten empfiehlt die
Buchhandl. Volksstimme

Anton Funke Damen- und Kinder-Hüte

In eigener Werkstatt angefertigt

4013

95 Breitweg 95
Gegründet 1879

in größter Auswahl zu vorteilhaften Preisen.

Zur zwanglosen Besichtigung meiner Ausstellung lade ich ergebenst ein.

Wolkhalls THEATER

(großer Theateraal)



Sibirien

ein erschütterndes Drama aus dem Leben eines Verbannten in 2 Bänden u. 8 Akten
Vorher das humorvolle Spezialitäten- und Burlesken-Programm.

Stephanshallen

Direktion Rich. Prokerz

Täglich abends 7 Uhr
Konzert n. erste Klasse
Spezialitäten 8821
Familien-Programm.

Mittwochs-Opern beliebtes Fürstentheater
Einst. Krillmann.
Heute Sonnabend 8 Uhr 994
Neuer glänzender Spielplan!
In wunderschönen Masken!
Dr. F. m. G. i. d. A.
Alle Vorzüge! gel.



Friedrich-Wilhelm-Kaffee

94 Breitweg 94
Täglich großes
Militär-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des I. Ersatz-Bataillons, Infanterie-Regts. 66 unter Leitung des Musikmeisters Herrn Bothfeld.
Freundlichst ladet ein
W. Rischnüller.

3925

ZENTRAL THEATER

Sonnabend 7 1/4 Uhr
Sonntag 8 1/4 und 7 1/4 Uhr:
Die Fahrt ins Glück

Lichtspiele CLOU

früher
Die größte Sensation!
Das gewaltigste Schauspiel
Das Artisten-Drama

Der Eid des Stephan Huller

2 Teile 2 Akte
1. Teil 3 Akte
2. Teil 4 Akte
heute alle 7 Akte
6 und 7/9 Uhr.

Dienstag bis Donnerstag auf vielfachen Wunsch nochmals
Schwarze Katze
2 Teile 2 Akte
1. Teil 3 Akte
2. Teil 3 Akte
heute alle 6 Akte

Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden.

Vortragsabend

Sonnabend den 24. März, pünktlich 8 Uhr
im Zirkus
Das deutsche Volk im Kampfe um Dasein und Zukunft

Redner: 3948
Herr Landtagsabg. Paul Fuhrmann
Eintritt frei!
Zogen sind für Ehrengäste vorbehalten.

W. Juchaczewski, Geh. Kommerzienrat
1. Vorsitzender der Ortsgruppe Magdeburg.

Saxonia - Lichtspiele

Wilhelmstadt
Ausspiel. 6 Ausspiel. 6
Jeden Sonnabend,
Sonntag u. Montag
von 7 Uhr an:
Das große 3-Schlingen-Programm 977

Montags: Große Volks-Sportausst. Der Erdlagen 24 Pf. auf allen Bühnen.

Kinder-Vorstellungen:

Sonnabend 4-7 Uhr
Eintritt 10 Pf.
Sonntag 3-7 Uhr
Eintrittpreis 1. Platz 20 Pf.
2. Platz 15 Pf.

Stadt-Theater.

Sonnabend den 24. März
1. Abend.
Reise Karten

Maria Stuart.

Anfang 7 Uhr. Jede 10 1/2 Uhr
Sonntag den 25. März, Anfang
3 Uhr, 8. Sollvorspielung

Der Selbstmord.

Sonnabend den 24. März
Sonnabend den 25. März, nachts

Don Cejar.

Öffentliche Aufforderung an die Hilfsdienstpflichtigen

Zur Meldung zum vaterländischen Hilfsdienst.

Auf Grund der hiermit in Bezug genommenen Bundesrats-Verordnung vom 1. März 1917 betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst wird folgendes bestimmt:

I. Alle nicht mehr landwehrfähigen männlichen Deutschen, welche in der Zeit vom dem 30. Juni 1907 und vor dem 1. Januar 1910 geboren sind und in Magdeburg ihren Wohnort haben, werden aufgefordert, sich persönlich oder schriftlich bei den unten bezeichneten Stellen in folgender Weise zu melden:

- a) Die Hilfsdienstpflichtigen, die sich persönlich melden wollen, haben sich zur Abgabe der für die Ausfertigung der Arbeitskarten erforderlichen Angaben auf dem gestempelten Fragebogen in den Stützpunkten 8-12 neunmittags und 3-6 Uhr neunmittags einzufinden, und zwar die Jahrgänge:

1889	26. März 1917
1890	
1891	
1892	
1893	
1894	
1895	27. März 1917
1896	
1897	
1898	
1899	
1900	
1901	
1902	
1903	29. März 1917
1904	
1905	
1906	
1907	30. März 1917
1908	
1909	
1910	
1911	
1912	31. März 1917
1913	
1914	
1915	
1916	
1917	2. April 1917
- b) Die Hilfsdienstpflichtigen, die sich schriftlich melden wollen, haben bis zum 25. März 1917 die Meldekarte, die für den 24. März 1917 auf den Fragebogen in den Stützpunkten in Empfang genommen werden können, ausgefüllt und bis spätestens 24. März 1917 an den zuständigen Meldestellen zurückzugeben.

II. Von der Anmeldung in die Melderegister der Hilfsdienstpflichtigen und von der Meldepflicht sind ausgeschlossen die Personen, welche nachstehend mit dem 1. März 1917 sich befinden oder sich befinden werden:

1. in Krieg-, Staats-, Gewerbe- oder Kirchenämtern.
2. in der öffentlichen Verwaltung und Angelegenheitsverwaltung.
3. als Richter, Justizräte, Gerichtsausschreiber oder Notare.
4. in der Kunst- und Gewerbetätigkeit.
5. in der See- oder Flussschifffahrt.
6. in der Gas- oder Wasserversorgung.
7. im Eisenbahnbetrieb einschließlich der Klein- und Straßenbahnen.
8. am Krieg.
9. in Kunst- und Gewerbetätigkeit.

III. In Fragen, Einzelheiten, Ausnahmen und Befreiungswahlungen.

Vom dem Besitze nach weiteren freigelegten Berufe zu bezeichnen und die von ihnen befristeten Personen von der Anmeldung in die Melderegister der Hilfsdienstpflichtigen und von der Meldepflicht zu befreien, hat der Stützpunktstelle keinen Schaden gebracht.

a) Gibt ein Mann aus der Meldepflicht Befreiung, so ist er als freigelegter Mann aus dem Melderegister zu streichen und die in dem Meldebogen angegebenen Angaben sind zu berichtigen. Die Meldung hat am Meldestell, bei dessen Besitze, am besten schriftlich, zu erfolgen. Sie kann auch schriftlich, mit unterschriebenem Fragebogen, an den zuständigen Stützpunkt, bei dem der Mann sich befindet, übergeben werden. Der Mann, der seine Melderegisterpflicht abzugeben hat, hat die Melderegisterpflicht abzugeben.

b) Gibt ein Mann aus der Meldepflicht Befreiung, so ist er als freigelegter Mann aus dem Melderegister zu streichen und die in dem Meldebogen angegebenen Angaben sind zu berichtigen. Die Meldung hat am Meldestell, bei dessen Besitze, am besten schriftlich, zu erfolgen. Sie kann auch schriftlich, mit unterschriebenem Fragebogen, an den zuständigen Stützpunkt, bei dem der Mann sich befindet, übergeben werden. Der Mann, der seine Melderegisterpflicht abzugeben hat, hat die Melderegisterpflicht abzugeben.

Salzquelle

Morgen Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr
Dr. Militär-Beschäftigtenkonzert.

Gartenstadt-Kolonie Reform

E. S. u. S. zu Magdeburg.

Am Sonnabend den 31. März, abends pünktlich 8 Uhr, in „Kolonie“, Deutscher Straße

Öffentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Rechnungsbericht für 1916. 2. Bericht von der Kolonieverwaltung. 3. Bericht der Kolonieverwaltung der Verwaltung der Kolonie. 4. Bericht über die Kolonieverwaltung. 5. Bericht über die Kolonieverwaltung. 6. Bericht über die Kolonieverwaltung.

Verantwortlich: Willi Franke, Schriftführer.

Burg-Krankenversicherungs-Verein der Stadt Magdeburg

Sonnabend den 31. März im Gewerkschaftsgebäude, Oberstraße

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verwaltung der Krankenkasse. 2. Bericht über die Verwaltung der Krankenkasse. 3. Bericht über die Verwaltung der Krankenkasse.

Palast-Theater Burg

Spieltagen vom 24. bis 27. März.

Meister-Kriegsberichte

Der Entenwächter vom Mittelmeer

Benjamins Abenteuer

Ausgeführt in 2 Akten.

Die Kunst

für die besten Zeiten
elegante Herren-Garderoben

Zur Konfirmation
und Prüfung nach reichhaltiges Lager in 3834

Singlings-Anzüge

in schwarz, blau und färbig.

Friedrich Paul's
Spezial-Etagengeschäft
für feine Herrenkleidung
56 Breitweg 56
1 Treppe
gegenüber Barack.

Stenographie-Unterricht

grundliche, gewinnreiche Ausbildung,
6,00 Mark. Tages- und Abendkurse. Bei Geleg. zur Erlangung der Schreibmaschinistenprüfung.

Gerke, Jakobstraße 37, I.

Verwaltung Magdeburg

Nachruf.
Am 14. März nach langer Krankheit verstorben
Gustav Rische
am Geburtstag, 45 Jahre alt.
Am 19. März nach langer Krankheit verstorben
Fritz Glöckner
am Geburtstag, 19 Jahre alt.
Oberster Bediensteter:
Die Verwaltung.

Teppiche

in sämtl. Farben u. Größen,
zurückgeleitet m. klein. Flecken
weil unter Preis.
Bekannt billige Käuferstoffe
Vorlagen und Tischdecken
Etagengeschäft
Siefertling
Fahrbühne 17.

Arbeitsmarkt

Lokomotivführer
für hiesige Baustelle sofort gesucht
Blume & König
Zuchsb. 3b. 958

Gartenarbeiter
für leichte Arbeit gesucht.
Milow, Am Weinberg 18.

Hausbürste

gegen Kohlen
Scheide, Jastseber Str. 11.

Malerlehrling
fleißig unter günstigen Bedingungen ein Horn Meyer, Wärbner-Tangerhütte, Blumenstraße 38.

Arbeiterin

die bereits in Befragungen gearbeitet hat, stellt ein
Otto Braunsdorf,
Wilhelm-Raabe-Str. 15.

Sanheres Mädchen
14-16 J., für ganze Tage
1. April gesucht G. Schmitt, ph. photo., Aelter, Jastseber Str. 11.
Zu melden von 1 bis 2 Uhr.

Aufwartung

für ganzen Tag sucht Müller, Kruppstraße 21, 2 Treppe.

Anlegerinnen

für Buchdruckmaschinen und Abnehmerinnen
für Steindruckmaschinen
sofort gesucht.
Rob. Hesse & Co.
Gr. Diesdorfer Str. 203.

Kräft. Arbeiter

die sich zum Viehtransport eignen
stellt sofort ein
Viehsammelstelle, Bureau Traege & Selle, Viehbol.

Gustav Rische

findet am Sonntag den 30. März von der Kapelle bei
Danzon Friedhof aus statt.
Frau Anna Rische geb. Gellert.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Bräuer, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Klumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1414: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspresse-Preis Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk. ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühr: die 7zeilige Kolonelleiste 20 Pf., Inserate von auswärts 30 Pf., im Restamt 10 Pf. — Postfachkonto: Nr. 253. Berlin. — Zweijähriger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 70.

Magdeburg, Sonnabend den 24. März 1917.

28. Jahrgang.

Kürzung der Brottration.

Der Fortgang der russischen Revolution, die neue Regierung in Frankreich, der wahrscheinlich nun unmittelbar bevorstehende Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns — alle diese Ereignisse treten für den Augenblick in den Hintergrund gegenüber der Nachricht, daß eine Herabsetzung der Brottration um ein Viertel der bisherigen Menge beschlossene Sache ist. Was draußen am weiten Horizont sich zusammenballt oder auseinanderzieht, was uns droht oder uns ermutigt, trifft uns nicht unmittelbar. Unmittelbar aber trifft uns der unvermeidlich gewordene Entschluß des Kriegsernährungsamts, und mit schwerer Sorge sehen wir den kommenden Wochen entgegen.

Um es gleich zu sagen: Der Ausfall, der in unserer Ernährung durch die Entziehung von etwa 450 Gramm Brot wöchentlich eintreten wird, soll nicht ungedeckt bleiben. Als Ersatz werden uns Grüns, Graupen, Kartoffeln, Gemüse-Konserven in Aussicht gestellt, und vor allem, die Fleischration soll erhöht werden. Wie es heißt, auf 1 Pfund pro Kopf und Woche. Es entsteht aber sofort die dringende Frage, wie eine zahlreiche, auf geringes Einkommen beschränkte Familie an Stelle des billigen Brotes teures Fleisch kaufen soll. Die Antwort darauf lautet, daß den minderbemittelten Schichten für ihren Fleischbezug ein Reichszuschuß gezahlt werden soll. Wenn es jedoch richtig sein sollte, daß dieser Reichszuschuß nicht mehr als den Wert der entzogenen Brotmenge betragen würde, so wäre er durchaus unzulänglich. Jetzt und hier mit Geldsteuer zu rechnen, wäre verhängnisvoll. Hauptfrage ist, ob die vorhandenen Fleischmengen wirklich zur Erhöhung der Fleischration für alle ausreichen; ist dies der Fall, dann muß um jeden Preis dafür gesorgt werden, daß jeder die ihm zukommende Fleischmenge auch richtig erhält, und Geld darf dabei keine Rolle mehr spielen. Ein

Vorrecht der zahlungsfähigeren Schichten,

Fleisch zu essen, während die Minderbemittelten auf fragwürdigen Ersatz an pflanzlichen Nahrungsmitteln angewiesen wären, darf unter keinen Umständen geschaffen werden.

Es bedarf keiner nähere Ausführung, daß die Herabsetzung der Brottration nicht aus Nutwillen erfolgt, und daß man sich zu ihr nicht entschlossen hätte, wenn es nicht darauf ankäme, noch Schlimmeres abzuwehren. Beibehaltung der bisherigen Ration würde nach der Ansicht der leitenden Stellen so viel bedeutet haben, daß Deutschland in den letzten Wochen vor Einbringung der nächsten Ernte vollständig ohne Brot gewesen wäre. Es handelt sich also darum, durch einschneidende Maßregeln einen sonst bestimmt vorauszuweisenden Zusammenbruch zu vermeiden.

Daß Menschen mit 1300 bis 1400 Gramm Brot in der Woche nicht leben können, wenn ihnen nicht außerdem noch ein recht beträchtlicher Zuschuß an andern Nahrungsmitteln zur Verfügung steht, das müssen die leitenden Stellen auch wissen, und darum werden sie dafür zu sorgen haben, daß der vermehrte Zuschuß für die Verbraucher in demselben Augenblick greifbar wird, in dem die Einschränkung der Brotmengen erfolgt. Kunstpausen wären für den Magen unerträglich. Gleichzeitig wird sich wohl die gewaltige Verziehung im ganzen Reich nicht durchführen lassen; der Termin wird für die verschiedenen Gemeinden verschieden eintreten müssen, und zwar in der Weise, daß

zunächst die Ersatzmittel

herbeigeschafft und ihre Verteilung sorgfältig vorbereitet wird, erst dann wird die angekündigte Verkürzung der Brottration eintreten dürfen. Darüber wird aber auch wieder einige Zeit vergehen nicht zum Vorteil unsers nationalen Brotback.

Auch das muß offen ausgesprochen werden, daß die neuen Maßnahmen die schwerste Belastungsprobe darstellen, die dem Volke hinter den Schützengräben bisher auferlegt worden ist. Stimmungen, die daraus entstehen, sind verständlich. Es gibt einen physiologischen Punkt, an dem Einjücker über Stimmungen nichts mehr vermögen, und es ist Pflicht der Verantwortlichen, dafür zu sorgen, daß dieser Punkt nicht erreicht wird.

Die zentrale Bewirtschaftung des Brotgetreides hat sich bisher bewährt. Ohne sie wäre die Katastrophe längst eingetreten, die man jetzt durch Anwendung außerordentlicher Mittel vermeiden will und bei gehöriger Energie auch vermeiden wird. Ein Trost ist es, daß sich die Kartoffelvorräte in den Meilen infolge des strengen Frostes besser gehalten haben, als man erwartet hatte, und daß mit einer Erhöhung der Kartoffelration unbedingt gerechnet werden kann. Dürfen wir also mit aller Zuversicht hoffen, daß es gelingen wird, über die nächsten sorgenvollen Monate hinwegzukommen, so wird doch niemand wünschen, daß das deutsche Volk noch einmal eine solche Zeit erleben möchte. Es ist richtig, daß uns ein Frieden, der heute oder morgen käme, auch noch nicht helfen würde. Es ist aber nicht minder richtig, daß bestehende Nöte und Sorgen durch eine längere Fortdauer des Krieges nur vergrößert werden können. Der Übergang zu einem geordneten, jedem den nötigen Unterhalt sichernden Friedenszustand wird sich nicht ohne Schmerzen vollziehen; er wird aber um so schwieriger werden, je länger die Verarmung der Welt durch die Fortdauer des Krieges weiter fortschreitet. Es ist also vollkommen klar, daß auch für Deutschland gilt, was Graf Tizja für das verbündete Oesterreich-Ungarn gesagt hat: Es wird den Krieg nicht eine Minute länger fortführen, als es zu seiner Selbsterhaltung nötig ist. —

Des Kanzlers Schicksal.

In den ersten Tagen der nächsten Woche soll der Reichstag über den Etat des Reichskanzlers verhandeln. Wahrscheinlich findet die Debatte zugleich mit der Beratung des Preussischen Haushalts über den Kriegszieleutrag der Goensbroeck und Genossen statt. Mancherlei Anknüpfungspunkte sind da gegeben. Es ist jedenfalls zu erwarten, daß die Debatte im Reichstag das allgemeine Interesse in höherem Grade auf sich konzentriert wird als die politische Unterhaltung der kleinen, aber doch so interessanten Kammer. Der Reichstag ist nun einmal die deutsche Volksvertretung und als solche der Brennpunkt der öffentlichen Kritik und Stützpunkt der Hoffnungen des deutschen Volkes auf eine bessere Zukunft.

Schwer wird Bethmann-Hollweg um sein Gehalt nicht zu kämpfen haben, auch die Konservativen werden es ihm anstandslos bewilligen, da sie nicht auf dem Standpunkt stehen, daß sich in solchen Bewilligungen das Vertrauen zum herrschenden Kurs und zum leitenden Mann ausdrückt. Daß sie ihn lieber sonstwo wüßten, als auf dem Plage des Reichskanzlers, ist bekannt, und sie machen auch gar kein Geheimnis daraus. Die Regierung Bethmann-Hollwegs ist wohl die bestgeschätzte, die das Deutsche Reich jemals bejessen hat. Aber ist sie auf der andern Seite auch nicht die meistgeliebte? Bethmann-Hollweg hat durch seine theoretischen Bekenntnisse zu einer freiheitlichen

Entwicklung der deutschen Verfassungszustände

die Todfeindschaft einflussreicher Kreise auf sich geladen. Aber es ist ihm bisher keineswegs gelungen, sich aus dem Vertrauen des Volkes einen starken Schild gegen die Angriffe seiner Feinde zu errichten. Mehr als höchstens ein Gefühl lauer Sympathie hat er für sich nicht zu erringen vermocht. Und so wenig man in den breiten, demokratisch gerichteten Massen mit der sachlichen Kritik übereinstimmt, die von Konservativen, Mittelständlichen und Schwertschweren an der Politik des Reichskanzlers geübt wird, so groß ist auf der andern Seite die Neigung, dem persönlichen Urteil zuzustimmen, das über den Kanzler von seinen leidenschaftlichen Gegnern gefällt wird.

Dieses persönliche Urteil läuft im Grunde darauf hinaus, daß man dem leitenden Staatsmann nicht die nötige Frische des Entschlusses zutraut, deren er in einer Zeit wie der gegenwärtigen mehr denn je bedürfte, daß man ihn für einen allzu nachdenklichen, allzu vorsichtigen, nach allen Seiten hin spähenden und tastenden Politiker hält. Seine Gegner von rechts werfen ihm vor, nicht entschlossen genug den Krieg vorbereitet und eingeleitet zu haben. Sie beschuldigen ihn, durch Verständigungsversuche nach allen Seiten hin alle klaren Richtlinien der auswärtigen Politik vermischt, und dadurch erst die Koalition der Gegner ermöglicht zu haben. Immer und immer wieder erscheint er in ihrer Kritik als

der Zögernde, Zurückstreckende,

als der Mann, der erst durch die Gewalt der Ereignisse oder durch mächtige Einflüsse von außen gleichsam an den Hearen auf den Schauplatz gezerrt werden müsse, auf dem nicht mehr der Gedanke und die Erwägung gilt, sondern der Entschluß und die Tat.

Sollte es ein Zufall sein, daß von der andern Seite her und aus ganz andern sachlichen Gesichtspunkten heraus dem Reichskanzler genau dieselben Vorwürfe gemacht werden, wenn dies auch hier gewöhnlich nicht in der sehr verletzenden Form geschieht, die von der äußersten Rechten geübt wird? Wenn die Rechte dem Kanzler seine mangelnde Kriegsentschlossenheit vorwirft, so werfen wir ihm die Schwäche vor, mit der er sich der Politik der Welt-erobrer und Kriegsverlängerer gegenüber verhält. Und meint man auf jener Seite, der Kanzler habe dem demokratischen Geiste der Zeit schon viel zu viel und höchst gefährliche Zugeständnisse gemacht, so vermissen wir hinter seinen akademischen Bekenntnissen die schöpferische Willenskraft und den entschlossenen Kampfesmut. Immer und überall irdicht aus seinem Verhalten eine Grundauffassung, die auf die Versöhnung des Unversöhnlichen gerichtet ist und immer glaubt man aus ihm die Verjüngung herauszufühlen, man könnte es sich mit der einen oder mit der andern Seite doch allzusehr verderben.

Eine solche Erscheinung, oder vorsichtiger gesprochen, eine Erscheinung, die so gehen und allgemein so beurteilt wird, ist nicht imstande, für sich leidenschaftliche Sympathien zu gewinnen und die Herzen in gewaltigen Schwünge mit sich fortzureißen. Sprechen wir es offen aus: Trotz seiner schönen Freiheitsreden ist Bethmann-Hollweg nicht populär, und nie wird es ihm gelingen, mit Worten die Mauer des Mißtrauens zu durchdringen, die sich vor ihm aufbaut.

Dieser Zustand ist nun so bedauerlicher, als das deutsche Volk gerade in der jetzigen Zeit einer Regierung bedürfte, die nach außen wie nach innen als die

wirkliche Repräsentantin des Volkswillens

anerkannt wird. Eine solche Regierung würde eine Autorität besitzen, die durch keinen Auftrag von höherer Stelle gewonnen werden kann. Stände eine solche Regierung dem feindlichen Ausland gegenüber, dann wäre auch nicht der geringste Zweifel daran erlaubt, daß es das deutsche Volk selbst ist, das den Krieg um seiner Selbsterhaltung willen führt, und daß das deutsche Volk jeden Augenblick bereit ist, den Krieg zu beenden, sobald der Zweck der nationalen Selbsterhaltung gesichert ist.

Die Zerplitterung der Parteien im Reichstag macht leider die Bildung einer parlamentarischen aus der Volksvertretung selbst hervorgegangenen Regierung nahezu unmöglich. Ein Kanzlerwechsel, auf den die Rechte mit allen Kräften hinarbeitet, könnte vielleicht eine entschlossener Persönlichkeit an die Stelle des jetzigen Reichskanzlers setzen, aber ob die Entschlüsse dieses neuen Mannes ein Segen für das deutsche Volk wären, das steht auf einem andern Blatte. Darum hat die Sozialdemokratie bisher die kanzlertätige Propaganda entschieden bekämpft: Wenn man die Dinge laufen ließe, wie sie wollen, wäre das Risiko zu groß. Aber „Regierungs-Sozialisten“ gibt es nicht, und ein Sozialdemokrat, der in der Person des gegenwärtigen Reichskanzlers sein Ideal eines leitenden Staatsmanns verwirklicht sähe, ist uns noch niemals begegnet. —

47 gegen 1.

Am 24. Januar 1915 sank im Kampfe gegen gewaltige englische Uebermacht im Gefecht bei der Doggerbank der deutsche Panzerkreuzer „Blücher“ mit wehender Flagge auf den Grund. Im Zusammenhang hiermit steht eine Bekanntmachung der englischen Admiralität, die unter anderem auch in der „London Gazette“ abgedruckt ist und folgendermaßen lautet:

Prisengelder.

Sierdurch wird allen, die es angeht, mitgeteilt, daß Vorbereitungen getroffen werden für die Verteilung der Prisengelder, die zuständig sind für die Beirichtung des deutschen Kriegsschiffs „Blücher“ am 24. Januar 1915. Nachstehende Schiffe kommen für die Verteilung in Betracht:

- Lion, Tiger, Prince of Wales, New Zealand, Indomitable, Southampton, Nottingham, Birmingham, Lowestoft, Breckhusa, Aurora, Undaunted, Meteor, Miranda, Mentor, Mastiff, Atlas, Mines, Morris, Legion, Earl, Lamford, Laforen, Lydiard, Louis, Lyander, Landrail, Cornet, Sandfly, Hydra, Zadal, Adherson, Ariel, Kaywing, Tigress, Defender, Druid, Ferret, Forester 2, Lookout, Goshawk, Phoenix, Milne, Lucifer, Laurel, Liberty und Laertes.

Das Verwaltungsdepartement der Marine.

Admiralität SW, 26. Februar 1917.

Diese Bekanntmachung sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß — wenigstens nach Angaben der beteiligten Kommandanten — sage und schreibe, 5 Schlachtkreuzer, 7 kleine Kreuzer und 35 der modernsten Zerstörer die Ehre beanspruchen, bei der Vernichtung des alten Panzerkreuzers mitgewirkt zu haben. „Blücher“ erhielt seine verhängnisvollen Treffer in die Maschinen, wie der Beatty'sche Bericht ausdrücklich feststellt, auf größte Gefechtsentfernung, auf der eine Mitwirkung der kleinen Kreuzer und Zerstörer durch Geschützfeuer oder Torpedos ausgeschlossen war. Demnach haben diese 42 englischen Kriegsschiffe sich auf den, wie Beatty in seinem Gefechtsbericht sagt, „in Flammen stehenden, kaum noch kampffähigen“ deutschen Kreuzer gestürzt und ihn — man kann sich vorstellen, mit welchem Aufwand an Geschossen und Torpedos — zum Sinken gebracht.

Bei der großen Zahl der in Konkurrenz stehenden „Blücher-Besieger“ wird das auf den Kopf fallende Prisengeld kaum bedeutend sein. Die Besatzungszahl der in Betracht kommenden englischen Schiffe beläuft sich auf 11 000 bis 12 000 Köpfe, unter die, bei Zugrundelegung der nach den Marinetafelnbüchern sich auf 880 Mann belaufenden Besatzungszahl des „Blücher“ und eines Prisengeldes von 100 Mark pro Kopf für Besatzung gemäß der englischen Vorschrift ein Betrag von 88 000 Mark zur Verteilung gelangt. Demgemäß würde jeder englische Seemann etwa 8 Mark erhalten, wobei aber zu bedenken ist, daß die englische Vorschrift eine Staffeln der Prisengelder dem Dienstgrad der Beteiligten entsprechend vorsieht.

Der „Danton“ torpediert.

Es wird jetzt gemeldet, daß das von einem deutschen Unterseeboot am 19. März versenkte französische Großkampfschiff der Dantonklasse das Linienschiff „Danton“ selbst gewesen ist. Es ist noch nicht bekannt, ob die ganze Besatzung von annähernd 1000 Mann den Tod in den Wellen gefunden hat. Die französische Regierung hat den Verlust bisher verheimlicht.

Der „Danton“ ist nun schon das dritte Schiff dieser Klasse, das seinen Untergang findet. Dagegen wäre man in Verlegenheit, von ihren Leistungen zu erzählen, wiewohl doch die Weite des Mittelmeers ihnen zur Verfügung steht. Technisch interessant ist, daß diese modernen und tonnenreichen Schiffe — der „Danton“ verdrängte 18 400 Tonnen — von einem einzigen Torpedoschuß vernichtet werden. Innerhalb fünfundsiebziger Minuten kenterte das gewaltige Fahrzeug.

Es ist sonach nichts mit der Unsinkbarkeit der großen Schiffe. Man muß sich nur erinnern, daß vor dem Kriege überwiegend behauptet wurde, die Großkampfschiffe könnten durch einen einzigen Torpedoschuß nicht versenkt werden. Inzwischen ist dank der bedeutend gewachsenen Wirkung des Torpedotreffers diese Trostlehre der Anhänger des großen Schiffes in nichts zerronnen.

Der Seekrieg.

Amerikanischer Dampfer versenkt. Aus Zerfahrenheit wird berichtet, daß der amerikanische Dampfer „Sealton“ in der Nähe der Doggerbank am 21. März abends 8 Uhr 20 Minuten versenkt wurde. Es wurden drei Boote

ausgesetzt. Eins der Boote mit acht Mann, darunter ein schwerverwundeter, ist durch ein Torpedoboot nach Zerfahrenheit gebracht worden. Ein Mann der Besatzung starb. Der Dampfer „Sealton“ kam aus Philadelphia über Bergen nach Rotterdam. Das Schiff hatte 6000 Tonnen Petroleum an Bord. Von der 41 Mann zählenden Besatzung sind 21 Mann wahrscheinlich ertrunken, 19, weil das Boot, in dem sie das Schiff verließen, kenterte, und zwei, weil sie über Bord sprangen. Ein Belgier, „Nieuwe Rotterdammer Courant“ meldet aus Brüssel: Hier traf die Meldung ein, daß der belgische Dampfer „Marck“ (3490 To.) versenkt wurde.

Rehrens im Dreiklassenhaus.

Das Abgeordnetenhaus ist als erstes Parlament in die Osterferien gegangen, die mindestens bis Ende April dauern sollen. Es hat sich also genug Zeit zur Erholung genommen. In der letzten Sitzung am Donnerstag, die eine mehr als achttündige Dauer dauerte, wurde, hat man den gesamten vorliegenden Arbeitsstoff aufgearbeitet.

Beim Eisenbahnleihegesetz machte Minister v. Breitenbach dem Hause die sich hoffentlich erfüllende Zusage, daß alle Verkehrsschwierigkeiten in kürzester Zeit beseitigt sein werden. Schließlich wurde ein im Ausschuß zwischen der Regierung und dem Hause vereinbartes Kompromiß über die Beihilfen und Teuerungszulagen an Staatsbeamte, Staatsarbeiter und Volksschullehrer einstimmig zugestimmt.

Notizen.

Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß. Der Interzessionsausschuß, der die Differenz wegen Festsetzung der Preise für Schweine unter 75 Kilo prüfte, schlägt vor, die unterste Stufe der vom Kriegsernährungsamt festgesetzten Preise (bis zu 60 Kilogramm 53 bis 61 Mark) fallen zu lassen. Die Kommission stimmt zu. Der Ausschuß verhandelte dann über die Regelung der Einfuhr und Durchfuhr. Die Besprechung wird eingeleitet mit einem Bericht des Geschäftsführers der Zentral-Einkaufsgesellschaft. In der Debatte werden einzelne Beschwerden über das Geschäftsgebot der Zentral-Einkaufsgesellschaft behandelt. Von der Verwaltung wird zugegeben, daß einzelne Fehler oder Mißgriffe vorkommen können, wie in jedem großen Betrieb. Die strikte Zentralisation der Einfuhr sei aber unerlässlich und keine Grobes für die allgemeine Versorgung. Nur so können die greifbaren Bestände im Ausland der Spekulation entzogen werden, die sie zu unerhörten Preisen dem zahlungsfähigen Publikum zuführen würde. Die Paketsendungen aus dem Ausland haben zu großen Mißbräuchen geführt, das Verbot sei gesehrt.

Die Kohlensteuer. Der Hauptausschuß des Reichstags hat als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Kohlensteuergesetz den 1. August 1917, für das Außertrakttreten den 31. Juli 1920 festgesetzt und damit die erste Lesung des Gesetzesentwurfes beendet.

Abgelehnte Strafverfolgung. Der Ausschuß für die Geschäftsordnung hat am Donnerstag über die Genehmigung zur Fortsetzung eines Privatklagenverfahrens bzw. einer Widerklage des Geheimrats Dr. Kapp gegen den Abgeordneten Behrens verhandelt. Es handelt sich dabei um den bekannten Streit über die Stellung zur Volksversicherung. Kapp, der von Behrens verklagt wurde, hat Widerklage erhoben. Der Ausschuß hat nach händerlicher Uebung die Ablehnung des Antrags beschlossen.

Immer neue Wucherprozesse. Die Strafkammer in M. Gladbach beurteilte den Kaufmann Beutels, welcher der Stadt Dieren 10 000 Pfund holländischen Käse, den er für 157 Mark eingekauft hatte für 2 Mark verkauft, wegen Wuchers zu einem Monat Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Der dortige Stadtverordnete Kalden, mit welchem Beutels den Gewinn teilen sollte, erhielt wegen Beihilfe und Verletzung seiner Pflichten als Mitglied der Lebensmittelkommissionen zwei Monate Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer in Landshut (Böhmen) hat den Brauereibesitzer Ludwig Kellner aus Landshut, der im ganzen 1860 Zentner Malz an den Brauereidirektor Sanderhof für 133 500 Mark verkauft hatte, wegen verbotenen Malzhandels und Preistreiberei zu 61 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Drei weitere Brauereibesitzer aus der Umgegend Landshuts wurden wegen Malzdiebstehlen zu kleineren Geldstrafen verurteilt.

Das wandernde Rindfleisch. Ueber die gegen 15 Personen gerichtete Anklage wegen Kriegswuchers, die vor der ersten Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin verhandelt wurde, haben wir bereits berichtet. Es handelt sich um einen Posten von 600 Zentnern gefältes Rindfleisch in Fässern, das schließlich zu Wucherpreisen verkauft wurde. Das Fleisch ging „von Hand zu Hand“, ohne seinen Lagerplatz zu wechseln. So ein Kunststück bringt der Kriegsfleischhandel fertig. Bei dieser Reise durch die Notizbücher wurde das Fleisch so wertvoll, daß sein Preis um 68 000 Mark stieg. Am Donnerstag wurde das Urteil gesprochen. Zwei von den Angeklagten wurden freigesprochen. Bei allen übrigen Angeklagten nahm das Gericht den Tatbestand der übermäßigen Preissteigerung als erwiesen an. Es wurden Strafen verhängt von 3500 Mark bis 10 000 Mark. Insgesamt machten die Strafen 53 500 Mark aus. Das Gesetz gegen den Kettenhandel konnte nicht in Anwendung kommen, weil es bei Begehung der Straftaten noch nicht in Kraft war.

Rückzugsgefechte.

W. Z. B. Großes Hauptquartier, 23. März 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Infolge mehrerer Vorstöße eigener und feindlicher Erkundungsabteilungen nahm an der flandrischen Front und im Arras-Abchnitt zeitweilig die Artillerietätigkeit zu. Eine Anzahl Gefangener ist dort in unserer Hand geblieben.

Französische Truppen, die beiderseits von St. Simon über Somme und Crozat-Kanal gegangen waren, sind durch Angriff gegen und über diese Abschnitte zurückgeworfen worden. Der Feind erlitt blutige Verluste und blühte 230 Gefangene sowie mehrere Maschinengewehre und Fahrzeuge ein.

Zwischen Dize und Vigne entspannen sich in den Abendstunden Gefechte westlich und südlich von Margival. Angriffe starker französischer Kräfte sind durch Feuer und im Gegenstoß verlustreich abge schlagen worden. Unsere Artillerie fand auch außerhalb dieses Kampffeldes loyale Ziele in Truppenansammlungen und -bewegungen.

Im Walde von La Ville-aux-Bois ist ein nach starkem Feuer eingehender französischer Vorstoß gescheitert.

Bei Watronville in der Woivre- Ebene brachte ein eigenes Unternehmen 12 Gefangene und 2 Maschinengewehre ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Bis auf einen fehlgeschlagenen Teilangriff in der Seenenge und Störungsfeuer verhielt sich der Franzose bei Monastir ruhig.

Eins unserer Luftschiffe hat in der Nacht vom 20. zum 21. März englische Anlagen bei Madros auf der Insel Lemnos wirkungsvoll mit Bomben beworfen und ist unverletzt in seinen Hafen zurückgekehrt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die russische Revolution.

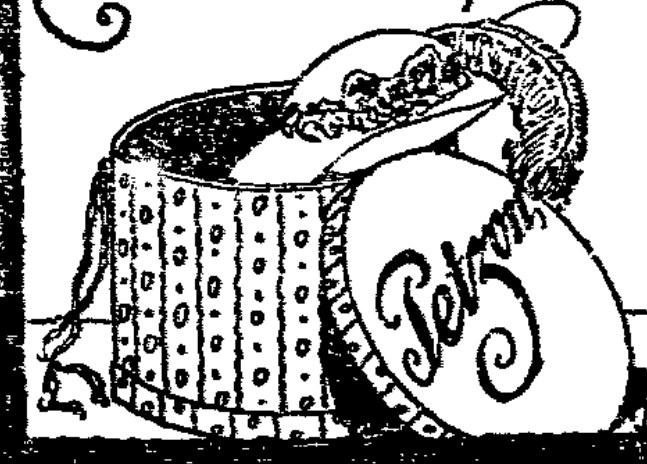
Schwierigkeiten mit den Arbeitern.

W. Z. B. Amsterdam, 23. März. Nach dem „Telegraaf“ meldet der Korrespondent der „Times“ aus Petersburg vom Mittwoch, daß die Fabriken wieder zu arbeiten beginnen. Den Putilow-Werken ist es gelungen, sich Kohlen zu verschaffen. Man hat aber wegen des Vorstiegs zur sofortigen Einführung des Achtstundentages noch Schwierigkeiten mit den Arbeitern, besonders mit den Frauen. Der Straßenbahnverkehr ist fast normal. — Der Plan, die Opfer der Revolution auf dem Platz vor dem Winterpalast zu begraben, wurde aufgegeben. Die Theater werden nach der Beilegung der Gejallenen wieder eröffnet.

Die Jarin gefangengesetzt.

W. Z. B. Petersburg, 23. März. (Ruitermeldung.) Der Kommandant des Distrikts von Petersburg, General Kornilow, teilte der Jarin mit, daß sie Gefangene sei. Er begab sich mit seinem Stabe nach Jarloje Selo und fragte vom Bahnhofs aus telephonisch beim Kammerherrn Grafen Wendendorff an, wann die Jarin ihn empfangen könne. Ueber den Grund seines Besuchs sollte er am Fernsprecher nichts mitteilen. Wendendorff ersuchte den General, am Apparat zu warten und kehrte nach einigen Minuten mit der Nachricht zurück, daß die Jarin ihn in einer halben Stunde erwartete. Kornilow fuhr hierauf mit seinem Stabe nach dem Schloß Klein-Jarloje Selo. Hier wurde er in die Privatgemächer geführt, wo er der Jarin den Beschluß der provisorischen Regierung vorlas und ihr mitteilte, daß sie von diesem Augenblick an nicht mehr in Freiheit sei, daß die frühere Wache entlassen sei und das Schloß streng bewacht würde. Der Wunsch der Jarin, ihr ihre Dienerschaft zu belassen, wurde bewilligt. Sodann begab sich Kornilow in die Kasernen, wo er Anordnungen für die Bewachung traf. Der Erzgar wird bei seiner Ankunft in Jarloje Selo von General Kornilow empfangen und mit dem Automobil nach dem Palast gebracht. Kavallerie begleitet den Kraftwagen. (Die Jarin ist eine heilige Prinzessin, eine Schwester des heiligen Großherzogs. Red.)

Werstätten für Damenputz



Moderner Damenputz zu wohlfeilen Preisen!



Handgenähter Bortenhut mit Seide 7.90



Handgenäht. Bortenhut in versch. Farben 10.50

Umprägungen und Aufarbeitungen auf moderne Formen schnell u. preiswert

Hutformen

in allen Preislagen

Blumen, Federn, Schleier



Am Sorte, handgenäht, in versch. Farb. 12.50



Strohhat mit Blumenknoten 13.50

Kein Laden! 1 Treppe hoch! Direkt neben Schwenckert!

Petzton 17 Alter Markt 17

Die neuen Formen



in ausserordentlich
vielseitiger Auswahl.
Tadelloser Sitz für jede Figur,
sorgfältige Verarbeitung und vor-
nehme Ausstattung. Haltbare Stoffe
und gediegenes Material.
Anerkannte Preiswürdigkeit.

Feine Joppen-Anzüge

die neue einreihige Sportform mit aufgestep-
perten Taschen u. Rückengurt, solide einreihige
Formen auf 2 u. 3 Knöpfe sowie auch die be-
liebte zweireih. Form für schlanke Figuren.
Mk. 27, 30, 33, 36, 42, 45,
50, 55, 60, 70 bis 130.

Neue Ueberzieher u. Mäntel

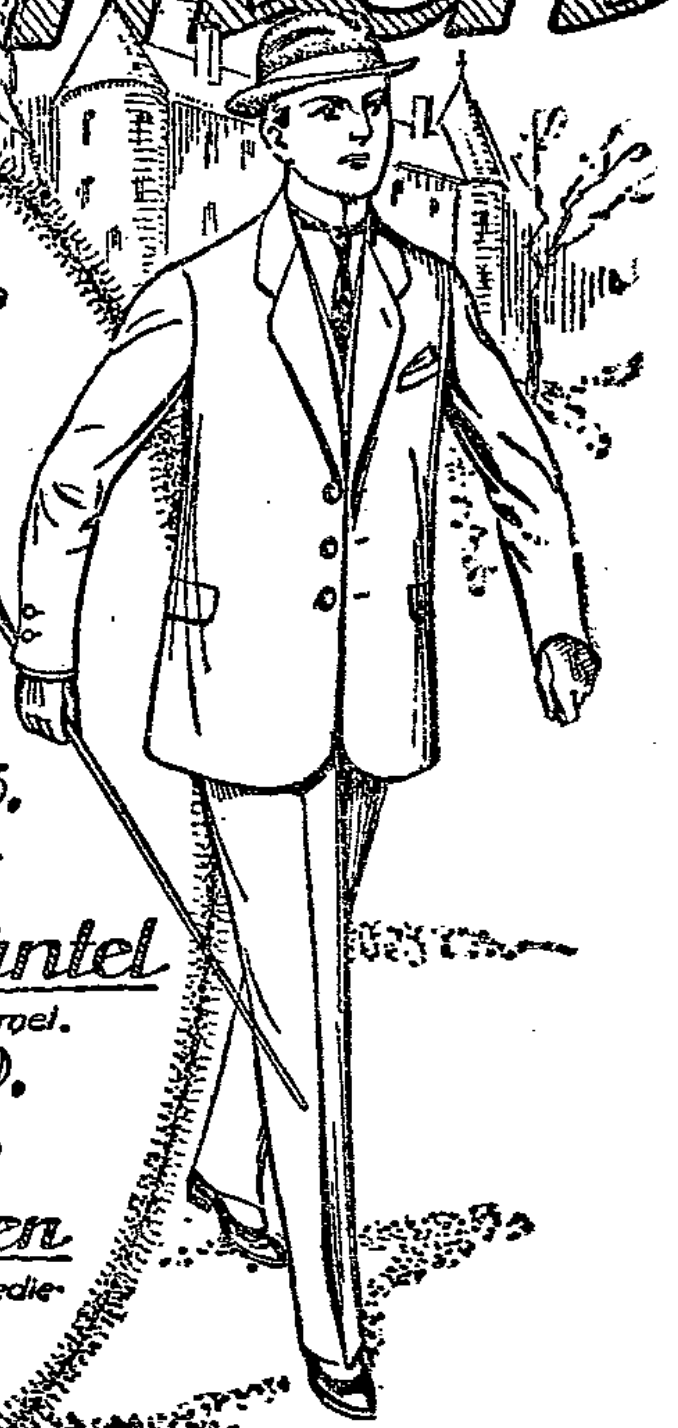
Frische Sportformen, Mäntel mit Gurt und Keilrömel.
Mk. 36, 40, 43, 50, 55, 60,
70, 80, 90, 100 bis 140.

Für Knaben u. junge Herren

jeden Alters eine unerschöpfliche Auswahl gedie-
gener, feiner

Anzüge u. Mäntel

in jeder Preisklasse.



Schreiber & Sundermann

Magdeburg, Breiteweg 127

Schultaschen

in denkbar größter Auswahl



Hugo Nehab

Keine Partiposten
Neben große Spezial
Moderne
Damen-Blusen
und Paletts 19 bis
2. höher.
Schöne Kostüme,
Jacken u. Mäntel
in Schwarz und farblich und
auch mit guten Stoffen, in
Blau, Braun u. Rot
Moderne Blusen
Sieverlings
Gingen-Gehäut 225
Jakobstr. 17, L.

Gehen Ihre Uhren nicht?

Reparaturen an
Uhren jeder Art
Empfehlung: 2001
Herrn- u. Damen-
Armbänder
Wacher, Regulatoren etc.
Arbeiten, Reparaturen etc.
Konfirmations-Uhren
Fr. Pollnitz
Schönebergstr. 25. Kein Laden.

Möbelführer

Wichtig: 2001
alle Zeit für Geschäftsverhandlungen
besuche übernehmen können

Blaue Badler,
Zahnärztliche S.
Zahnstr. 225 und 2175.

Möbelfuhrer

allezeit geöffnet. Besondere
Annehmlichkeiten aller Art. Besondere
Annehmlichkeiten.

Ernst Funke, H.-Laden
Jakobstr. 25. Tel. 2001

Emaillageschirre

Sowohl Vorrat **Prima Ware** Sowohl Vorrat
grau, braun, neubian u. dunkelblau

Kochtöpfe	Stück	2.95	2.25	2.10	1.95
Kochtöpfe	Stück	2.45	2.10	1.95	1.75
Waschtöpfe	Stück	6.75	5.75	4.75	3.75
Eimer	Stück	3.75	2.75	2.45	1.95
Teigkessel	Stück	3.45	2.95	2.65	2.25
Wasserkessel	Stück	5.75	4.75	3.75	2.75
Essenslöffel	Stück	2.75	2.45	2.25	1.75
Milchkannen	Stück	3.75	2.75	2.25	1.95
Kaffeebecken	Stück	1.95	1.75	1.25	0.95
Kochgeschirre	Stück	-	2.95	1.95	1.75
Waschtische	Stück	-	2.75	2.25	1.95

Kaufhaus Karliner

Große Diesdorfer Straße 30 4050

Geld

alle Gegenstände - höchst
Sicher - erhält man im

Leihhaus

Alfred Hülfenhaus
Hauptstr. 25.

Bettmatten

Bestellung sofort. Bitte um Ge-
nehmigung angeben. Entsch. und Ge-
samt. G. Engelhardt, Markt. Ber-
lin. Tel. 2001.

Konfirmations- u.
Prüfung-Anzüge,
Hemden, Westen
u. Kinder-Anzüge
Kaufhaus für Herren- u. Damen-
Tel. 2001.

J. Sorger
Jakobstr. 2.

Haar

ausgefärbt, laugt
Oehlstr. 110.
Breiteweg 110.

Schweineborsten

irgend eine Ware, laugt 3839

E. Liebenow

Magdeburg, Sternstr. 29.

Gas- und elektrische

Lampen in großer
Auswahl!
Hellerer zurückgesetzter Winter
3879 sehr preiswert

O. Janoschek

Große Junkerstraße
gegenüber der Sudauer Bierhalle.



Schuhwaren

kaufen Sie in unserm

Etagen-Geschäft

immer noch preiswert!
Kaufen Sie jetzt

Konfirmantenstiefel

für die weisse **Kriegsstiefel** am vorteil-
haftesten sind
Große Auswahl in Größen 25 bis 40.

Hauptgeschäft Magdeburg
17 Alter Markt 17
Rein Laden! 1 Treppe hoch!
direkt neben Schwendert.

Filiale Sudenburg
121c Halberstädter Straße 121c
Ede Weidenbörche.